

Der Gutscheinboykott in Hennigsdorf

Juni 2011 - Juni 2012



Festschrift zur Verleihung des
„Band für Mut und Verständigung 2012“
an Tannaz Bidary und Patrick Kizito
am 11 Juni 2012

Der Gutscheinboykott in Hennigsdorf

Festschrift zur Verleihung des
„Band für Mut und Verständigung 2012“
an Tannaz Bidary und Patrick Kizito
am 11. Juni 2012

Einleitung.....	3
Chronologie: Juni 2011 - Juni 2012.....	5
Presse & Dokumente.....	13

Impressum

Konzept, Chronologie & Auswahl der Dokumente: Ulrike Bukowski, Eva Klotz, Dorothea Lindenberg, Dagmar Seybold, Daniela Turß

Einleitung: Dorothea Lindenberg und Tobias Becker für den Flüchtlingsrat Brandenburg

Veröffentlicht durch: Flüchtlingsrat Brandenburg
Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331 – 716 499
Fax: 0331 – 887 15 460
Email: info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Photos: Flüchtlingsrat Brandenburg / Beate Selders
Titelphoto: Ruben Neugebauer

Design: Daniela Turß

© Flüchtlingsrat Brandenburg

Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser,
Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

Die Idee zu dieser Dokumentation entstand, als wir erfuhren, dass zwei Flüchtlingsaktivist_innen aus Hennigsdorf mit dem „Band für Mut und Verständigung 2012“ ausgezeichnet werden. Deshalb zuerst unsere herzlichsten Glückwünsche an Tannaz Bidary und Patrick Kizito. Sie spielen in den vielfältigen Protesten gegen das diskriminierende Gutscheinsystem im Jahr 2011 und heute eine tragende Rolle. Wir sehen diese Preisverleihung nicht nur als Anerkennung ihres Engagements, sondern auch als Ermutigung für alle Flüchtlinge und Initiativen in Oberhavel, die sich für eine solidarische Gesellschaft ohne Rassismus einsetzen.

Diese Dokumentation ist unvollständig und vorläufig.

Etwa bedarf die blasse und halbherzige Rolle der Landesregierung Brandenburgs, die außer Presserklärungen und „Empfehlungen“ nichts zur Abschaffung des Gutscheinsystems beitragen konnte oder wollte, noch einer genaueren Aufarbeitung.

Positiv hervorheben möchten wir die Kommunikations- und gemeinsamen Lernprozesse unter den beteiligten Akteur_innen. Sie schlossen dauerhafte Bündnisse, in denen Flüchtlinge, die sich für ihre Rechte einsetzen, und Initiativen, die sich seit Jahren für Flüchtlingsrechte engagieren, gemeinsam agieren und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Das war und ist eine der großen Stärken des Protestes.

Dies und die überwältigende Unterstützung, die der Boykott erfuhr, hatten Auswirkungen im ganzen Land Brandenburg: Zum Beispiel starteten Flüchtlinge in Cottbus im Sommer 2011 eine Unterschriftenaktion gegen das Gutscheinsystem, Flüchtlinge aus der Uckermark, aus dem Landkreis Oberspreewald-Lausitz und aus anderen Kreisen demonstrierten in Oranienburg mit und in mehr als einem Landkreis wurde mit Verweis auf die Proteste in Hennigsdorf auf Bargeld umgestellt.

Wir glauben, es ist kein Zufall, dass große Teile der Zivilgesellschaft die Proteste von Flüchtlingen unterstützen: Die politische Stimmung ist gekippt. Der politische gewollte Rassismus, der sich in Schikanen wie dem Asylbewerberleistungsgesetz samt Gutscheinsystem entfalten kann, ist überholt. Zu groß ist der Widerspruch zwischen dieser Verwaltungspraxis und der Erzählung von einem der Menschenwürde verpflichteten Deutschland.

In diesem Sinne dokumentiert diese Sammlung auch die undemokratische Macht von Landräten in Brandenburg. Absurd lange Amtszeiten bieten Menschen wie Landrat Schröter die Möglichkeit, sich eine loyale Verwaltung aufzubauen und institutionellen Rassismus in seinem kleinen Königreich auszuleben. Für die Verwaltungskommandantur in Oberhavel scheint jeder humanitäre Aufenthalt eine persönliche Niederlage zu sein, jede Abschiebung ein Erfolg. Doch die Gesetzeslage deckt weitestgehend ihre Ideologie und ihr politisches Programm. Nur vereinzelt mussten sie die Grenzen des Erlaubten verlassen. In der Regel kann sich Herr Schröter darauf berufen, geltendes Recht lediglich konsequent auszuführen.

Eine demokratische Zivilgesellschaft muss solche Landräte nicht nur abwählen. Sie muss auch auf eine demokratische Umgestaltung der Kommunalverwaltung drängen, sowie – natürlich – auf die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Bis dies erreicht ist, werden Tannaz Bidary und Patrick Kizito, zahlreiche Flüchtlingsaktivist_innen, Menschen- und Bürgerrechtsinitiativen und der Flüchtlingsrat Brandenburg sich weiter für die Abschaffung des diskriminierenden Gutscheinsystems einsetzen. Nicht nur in Oberhavel, sondern auch in Havelland und in Oberspreewald-Lausitz, den letzten Landkreisen in Brandenburg, in denen noch Gutscheine ausgegeben werden, werden wir gemeinsam und laut fordern:

**Gutscheine abschaffen!
Gleiche soziale Rechte
für alle!**

Chronologie von Juni 2011 bis Juni 2012

Schon Jahre vor dem Boykott gab es in Hennigsdorf Widerstand gegen das Gutscheinsystem. Sowohl Flüchtlinge als auch zivilgesellschaftliche Initiativen wandten sich mit vielfältigen Aktionen gegen diese Form der Diskriminierung.

Im Jahr 2004 unterschrieb fast die Hälfte der Bewohner_innen des Asylbewerberheims Stolpe-Süd einen Brief, in dem sie forderte, die Gutscheine abzuschaffen.

Im Rahmen der „Demokratiemeile“ im Jahr 2010 in Oranienburg mussten Besucher_innen an einem Imbiss-Stand Gutscheine kaufen, um Waren zu erhalten. Ähnlich wie Flüchtlingen wurde ihnen kein Wechselgeld ausgezahlt und sie mussten ihren Ausweis vorzeigen. Auch das Angebot war eingeschränkt. Daraufhin zeigte der Landrat von Oberhavel die Organisator_innen wegen Amtsanmaßung und Beleidigung an, weil er den Eindruck hatte, er werde als Rassist diffamiert. Das Ermittlungsverfahren wurde kurz darauf eingestellt. Die ermittelnde Staatsanwaltschaft stellte fest, dass die Gutscheine offensichtlich als Satire gemeint waren und die Protestaktion durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt war.

Darüber hinaus organisieren solidarische Initiativen und Hennigsdorfer_innen seit langem „antirassistische Einkäufe“, bei denen sie mit Gutscheinen einkaufen und deren Gegenwert an Flüchtlinge übergeben.

Juni 2011

01.06.2011:

Die Bewohner_innen des Flüchtlingsheims Stolpe-Süd beginnen einen Boykott der monatlich ausgegebenen Gutscheine.

Sie fordern die Barauszahlung der Leistungen, die gängige Praxis in der Mehrheit der deutschen Landkreise ist. Auf Grund der Proteste, die besonders von den Frauen getragen werden, findet keine Gutscheinausgabe statt. Initiativen wie die aus Flüchtlingen und Unterstützer_innen bestehende U.R.I. (United Against Racism and Isolation), der Flüchtlingsrat Brandenburg und das Oranienburger Forum gegen Rassismus unterstützen die Forderungen.

03.06.2011: Auf dem Hennigsdorfer Postplatz findet eine Solidaritätskundgebung statt. Ca. 120 Menschen, Flüchtlinge und Unterstützer_innen, informieren über den Gutscheinboykott und die Lebensbedingungen im Flüchtlingsheim.

04.06.2011: U.R.I. und der Flüchtlingsrat Brandenburg rufen zu Geld- und Sachspenden für die am Gutscheinboykott beteiligten Flüchtlinge auf.



Kundgebung am 01.06 vor dem Flüchtlingswohnheim in Hennigsdorf

06.06.2011: Eine Solidaritätskundgebung vor dem zuständigen Sozialamt in Oranienburg fordert die Barauszahlung der den Flüchtlingen zustehenden Leistungen.

08.06.2011: Erneut findet eine Protestkundgebung zur Unterstützung des Boykotts vor dem Flüchtlingsheim statt. Das Sozialamt hatte angekündigt, an diesem Tag erneut Gutscheine ausgeben zu wollen, nachdem Demonstrant_innen dies eine Woche zuvor verhindert hatten.

17.06.2011: Das Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wendet sich mit dem Appell „Bargeld statt Wertgutscheine“ an den Kreistag Oberhavel.



Kundgebung am 03.06. auf dem Hennigsdorfer Postplatz

Protestierende verbrennen am 01.06. symbolisch Gutscheine im Wert von wenigen Cent



Kundgebung am 03.06. auf dem Hennigsdorfer Postplatz

Wegen der Proteste werden am 01.06. keine Gutscheine ausgegeben.



Innerhalb weniger Tage unterschreiben 833 Menschen den Aufruf.

Der Appell und die Unterschriften werden am 22. Juni den Abgeordneten im Kreistag Oberhavel öffentlich übergeben.

20.06.2011: Der Flüchtlingsrat Brandenburg, U.R.I., der Hennigsdorfer Ratschlag und die Flüchtlingsberatungsstelle des Kirchenkreises Oberes Havelland betonen in einer gemeinsamen Pressemitteilung, dass Bargeldauszahlungen an Flüchtlinge dem geltenden Recht entsprechen. Sie bezeichnen es als rein politisch motivierte Entscheidung, dass in Oberhavel immer noch Gutscheine ausgegeben werden.

14.06.2011: Das Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASFF) wendet sich in einem Brief an das für das Asylbewerberheim zuständige Dezernat im Landkreis Oberhavel. Das Ministerium befürwortet die Bargeldauszahlung von Leistungen an Flüchtlinge. Es betont den Ermessensspielraum der lokalen Behörden und empfiehlt, diesen „zugunsten der Betroffenen zu nutzen“. Die Landesregierung vertritt die Auffassung, „dass das Sachleistungsprinzip die eigenständige Lebensgestaltung der Betroffenen einschränkt“ und „setzt [...] sich auf Bundesebene für eine Abschaffung des Sachleistungsprinzips ein“.

22.06.2011: Die Fraktionen DIE LINKE und Grüne/FWO bringen einen Antrag zur Umstellung auf das Bargeldprinzip bei der Flüchtlingsversorgung in die Kreistagssitzung in Oranienburg ein. Während der Sitzung wird offenbar, dass Landrat Karl-Heinz Schröter (SPD) und Sozialdezernent Michael Garske den Kreistag nicht über das Schreiben des MASFF informiert hatten. Die FDP, der es vor der Sitzung zugespielt wurde, bezeichnet es als „meinungsbildend“ und stimmt dem Antrag zu, ebenso wie mehrere SPD-Abgeordnete. Er wird mit 24 zu 23 Stimmen angenommen. Daraufhin kündigen Schröter und Garske an, den Beschluss nicht umzusetzen.

Juli 2011

05.07.2011: Flüchtlinge und Vertreter_innen mehrerer Initiativen besuchen das Sozialamt des Landkreises Oberhavel in Oranienburg und fordern erneut die Bargeldauszahlung von Leistungen. Am selben Tag trifft sich eine kleine Delegation mit SPD-Chef Sigmar Gabriel, um mit ihm über die Probleme zwischen der SPD-geführten Verwaltung und dem Kreistag in Oberhavel zu sprechen.

06.07.2011: Unter dem Motto „Yes, you can! – Ja, Sie können Bargeld auszahlen!“ findet eine Kundgebung vor der Flüchtlingsunterkunft Stolpe Süd in Hennigsdorf statt.

Während der Kundgebung wird ein Flüchtling aus Kamerun festgenommen,

um ihn nach Zypern zu überführen. Die Anwesenden blockieren die Ausfahrt und erreichen damit, dass ein Anwalt zu dem Gefangenen vorgelassen wird. Obwohl sie offensichtlich rechtswidrig war, bestätigt das Amtsgericht Oranienburg die Festnahme zunächst. Wochen später beurteilt das Landgericht Neuruppin die Inhaftierung in deutlichen Worten als rechtswidrig und veranlasst die Aufhebung der Haft.

Auch ein zweiter unrechtmäßiger Abschiebeversuch des schwerkranken Mannes kann verhindert werden, da viele Engagierte schnell mobilisiert werden und die Landesregierung interveniert. Inzwischen hat das Bundesamt für Migration und Flucht dem Betroffenen eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen erteilt.

August 2011

Stellvertretend für alle Flüchtlinge führen zehn Menschen aus verschiedenen Ländern den Gutscheinboykott bis in den November hinein fort.

Die Zusammensetzung der Gruppe wechselt bis auf zwei Flüchtlinge, die bereits seit dem 1. Juni die Gutscheinannahme verweigern.

03.08.2011: Die Ausgabe der Wertgutscheine wird von Protesten begleitet. Um zu veranschaulichen, dass Gutscheine diskriminieren, häufen Flüchtlinge und Unterstützer_innen Waren an, die mit Gutscheinen nicht erworben werden können.

05.08.2011: Die Initiative U.R.I. organisiert erneut einen „antirassistischen Einkauf“.

Sept-Nov 2011

Auch im September versucht SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel erfolglos, Landrat Schröter dazu zu bewegen, von der Gutscheinregelung abzurücken.

28.09.2011: Der Kreistag bestätigt mit 26 zu 24 Stimmen erneut den Beschluss vom 22.06.2011.

Die Verwaltung ignoriert das Votum weiterhin.

Sie erhöht lediglich den Bargeldanteil der Leistungen von ca. 40 auf ca. 70 Euro und baut einen Kinderspielplatz auf dem Heimgelände.

25.10.2011: Ver.di Potsdam-Nordwestbrandenburg wendet sich in einem Offenen Brief an Landrat Schröter und fordert ihn „unmissverständlich auf, unverzüglich allen Asylbewerbern im Landkreis die vom Gesetz vorgesehenen Leistungen komplett in Bargeld auszuzahlen“.

04.11.2011: Das MASFF kündigt in einer Pressemitteilung einen Runderlass zu Bargeldauszahlungen an. Sozialminister Baaske wünscht sich „ausdrücklich, dass in ganz Brandenburg Bargeld grundsätzlich den Vorrang erhält. Denn das veraltete Gutscheinsystem ist für die Betroffenen in der Regel völlig ungeeignet, zu teuer und auch diskriminierend“.

16.11.2011: Die angekündigte Verwaltungsvorschrift wird im Amtsblatt veröffentlicht. Sie bestätigt, dass Bargeldauszahlungen mit dem Asylbewerberleistungsgesetz vereinbar sind und stellt erneut klar, dass Flüchtlinge, die seit mehr als vier Jahren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, einen Rechtsanspruch auf Bargeld haben.

17.11.2011: Die Kreisverwaltung Oberhavel reagiert auf den Runderlass und teilt mit, dass sie grundsätzlich am Gutscheinsystem festhalten werde. Bargeld erhalten ausschließlich Flüchtlinge, die „länger als vier Jahre Grundleistungen bezogen und einen erhöhten Leistungsanspruch“ haben. Damit wird nur längst geltendes Recht umgesetzt: Dieser Personenkreis hat einen rechtlichen Anspruch auf Barleistungen. Oberhavel hatte – als einziger Landkreis in Brandenburg – auch an diese Flüchtlinge Wertgutscheine ausgegeben.



Kundgebung am 03.06. auf dem Hennigsdorfer Postplatz

Gutscheine



Dez 2011

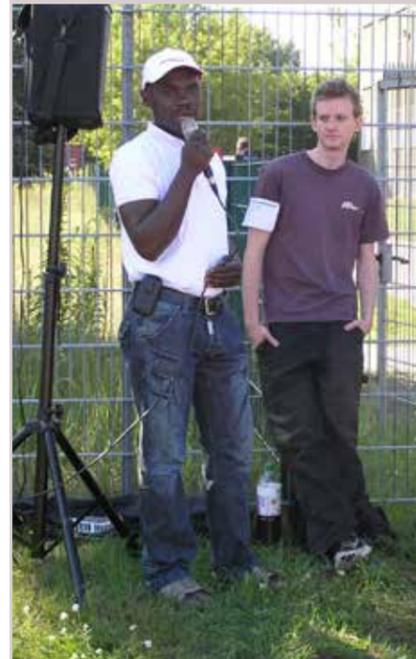
05.12.2011: Der Flüchtlingsrat Brandenburg fordert die Kreistage von Oberhavel auf, das Gutscheinsystem abzuschaffen. Darüber hinaus kritisiert er, dass die Verwaltung alle Einzelanträge von Flüchtlingen pauschal und mit gleichem Wortlaut ablehnte. Die Betroffenen hatten ihre individuellen Bedarfe angegeben, die mit Gutscheinen nicht gedeckt werden können. Gegen die Ablehnung der Anträge wurde von einigen Betroffenen Widerspruch eingelegt. Bis heute sind Klageverfahren vor dem Sozialgericht Neuruppin anhängig.

06.12.2011: Flüchtlinge, der Flüchtlingsrat Brandenburg, die Flüchtlingsberatungsstelle des Kirchenkreises Oranienburg, der Hennigsdorfer Ratschlag, IG Metall, U.R.I., IG Metall und Ver.di fordern die Abschaffung der Gutscheine in einer gemeinsamen Pressekonferenz anlässlich der nächsten Kreistagsitzung.

19.12.2011: Der Flüchtlingsrat Brandenburg wendet sich angesichts der SPD-internen Auseinandersetzungen an die Kreistagsabgeordneten in Oberhavel. In seinem Schreiben setzt er sich mit der manipulativen Argumentation Schröters auseinander, erläutert das Asylbewerberleistungsgesetz und den Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie und stellt klar:

Bargeldzahlungen sind eine Frage des politischen Willens.

Kundgebung am 06.07.2011 vor dem Flüchtlingswohnheim in Hennigsdorf, in der Mitte: Tannaz Bidary



Kundgebung am 06.07., links: Patrick Kizito

Kundgebung am 06.07



2012

21.03.2012: Der Flüchtlingsrat Brandenburg verleiht Landrat Schröter den „Denkzettel 2012“. Er vergibt die Negativauszeichnung am Internationalen Tag gegen Rassismus an Behörden und Verwaltungen, „die durch ihr Handeln strukturellen Rassismus und Diskriminierung befördern“.

11.06.2012: Das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit

ehrt Tannaz Bidary und Patrick Kizito stellvertretend für alle am Boykott beteiligten Flüchtlinge

mit dem „Band für Mut und Verständigung 2012“.

Auch heute...

...kämpfen Flüchtlinge und zivilgesellschaftliche Initiativen gegen das Gutscheinsystem und andere Formen von institutionellem Rassismus in Oberhavel.

Presse & Dokumente

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben die Proteste der Flüchtlinge von Beginn an unterstützt und lokale Medien haben sie begleitet.

Einen Einblick in die gesellschaftliche Debatte um das Gutscheinsystem vermittelt die folgende Auswahl von Dokumenten, Presseberichten und Leser_innebriefen aus dem Oranienburger Generalanzeiger (OGA) und der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ).

Antrag auf Abschaffung der Gutscheine in unserem Heim

Wir, die Asylbewerber des Asylbewerberheims Hennigsdorf (Ruppiner Chaussée 19, 16761 Hennigsdorf/Landkreis Oberhavel), haben uns in diesen Tagen beraten und uns dazu entschieden, einen Beschwerdebrief zu schreiben. Die Bewohner des Hennigsdorfer Asylbewerberheims kommen aus verschiedenen Kontinenten, Ländern und daher auch aus verschiedenen Kulturkreisen mit unterschiedlichen Traditionen. Wir leben von Gutscheinen, die wir zweimal pro Monat erhalten. Es handelt sich um Papiercoupons, die den Wert von Geld haben und mit denen wir unsere Einkäufe tätigen müssen. Es gibt Coupons von unterschiedlichem Wert: 20; 10; 5; 2 Euro und sogar 0,05 und 0,01 Euro! Das Leben mit den Gutscheinen ist kein Leben, da es unser Leben bedingt und uns unsere Freiheit raubt. Kein Mensch kann ohne Freiheit glücklich leben. Es gibt mehrere Gründe, die uns dazu gebracht haben, zu sagen, dass die Gutscheine uns in unserer Freiheit beschneiden und uns das Leben schwer machen:

Der erste Grund für den Antrag auf Abschaffung ist, dass einem bereits durch den Gutschein ein Stempel aufgedrückt wird: In den Supermärkten, in denen es uns Asylbewerbern gestattet ist einzukaufen, müssen wir immer einen Ausweis zusammen mit den Coupons mit uns führen. Diese Coupons sind von uns immer zu unterzeichnen und die Unterschrift auf den Coupons hat mit der Unterschrift auf dem Ausweis überein zu stimmen- trifft dies nicht zu, haben wir kein Recht auf den Erwerb von Nahrungsmitteln. Im Moment des Unterschreibens der Coupons sind die Blicke auf uns gewendet, aus denen man folgendes ablesen kann: <<Schaut nur diese Asylbewerber, traut ihnen nicht, denn sie sind gefährlich>>(einige Mutige sagen das auch schon mal laut und deutlich). Diese drohenden, belustigten Blicke haben uns bereits soweit gebracht, dass wir bereits bei der einfachen Vorstellung einkaufen gehen zu müssen, krank werden, uns gestresst und frustriert fühlen.

Der zweite Grund für die Abschaffung der Gutscheine ist, dass wir unsere Einkäufe ausschließlich in zugelassenen Supermärkten und Läden tätigen dürfen. Weiter oben im Text haben wir bereits angemerkt, dass wir aus verschiedenen Ländern stammen und daher auch unterschiedliche Kulturen haben und Traditionen pflegen- d.h., wir essen nicht alle dieselben Lebensmittel. Für die Muslime sind die Supermärkte, in denen sie ihre Einkäufe tätigen dürfen oft nicht jene, die ihnen empfohlen werden und andere müssen ihre traditionellen Mahlzeiten zubereiten, die sie oftmals nicht in den Supermärkten finden, in denen sie zum Einkauf berechtigt sind. Manchmal kommt es dann dazu, dass, um diesem Problem aus dem Weg zu gehen, die Gutscheine zu spottbilligen Preisen verkauft werden, um die benötigten Einkäufe in den entsprechenden Supermärkten zu tätigen.

Der dritte Grund für die Abschaffung der Gutscheine ist der, dass wir mit den Coupons in den angegebenen Supermärkten und Läden nicht einmal das kaufen können, was wir möchten. De facto können mit den Gutscheinen keine elektrischen Geräte, Zigaretten, alkoholische Getränke usw. gekauft werden... wo bleibt unsere Freiheit?

Der vierte Grund für die Abschaffung der Gutscheine ist, dass wir den Einkauf nicht so tätigen können wie wir es gerne möchten. D.h., für einen Gutschein im Wert von 20 Euro müssen wir Waren im Wert von 20 Euro kaufen -in der Praxis bedeutet das, dass wir mit dem Taschenrechner einkaufen gehen müssen und gezwungen sind, etwas Zusätzliches zu kaufen, damit der Wert des Gutscheins von 20 Euro erreicht wird, der uns am Schalter ausgeteilt wurde. Das ist das Schicksal eines jeden Asylbewerbers, der im Asylbewerberwohnheim Hennigsdorf lebt.

Der fünfte Grund für die Abschaffung der Gutscheine ist der, dass wir nicht so planen können, wie wir es wollen. Außer den Papiergutscheinen, die einen Wert von 0,05 und 0,01 Euro und eine Gültigkeit von einem Jahr haben, sind die restlichen Gutscheine nur zwischen einem und zwei Monaten gültig. Die Folge davon ist, dass wir gezwungen sind, unsere Einkäufe entsprechend dieser uns zugestandenen Zeitmarge zu tätigen. Erschwerend hinzukommt, dass die Coupons wie folgt an uns ausgegeben werden: jeden ersten Montag im Monat (für eine Personengruppe) und am ersten Mittwoch im Monat (für eine andere Personengruppe) erhält man 40 Euro in bar und 84,04 Euro in Gutscheinen für die erste Bezahlung und jeden dritten Mittwoch im Monat 84,04 Euro in Gutscheinen für alle. Dies bedeutet, dass man als Asylbewerber und wenn man im Asylbewerberheim Hennigsdorf wohnt, zu einer programmierten Maschine wird.

Wir alle fordern daher, dass wir von nun an (ab dem nächsten Monat) Bargeld erhalten und, wie die meisten Asylbewerberheime im Land Brandenburg, keine Papiercoupons mehr bekommen. Zu diesen Asylbewerberheimen gehören:

1-Ludwigsfelde	Birkengrund Süd
2-Luckenwalde	Anhalt str:31
3-Jüterborg	Waldauer weg 11a
4-Brandenburg	Flaming str:17
5-Hohenleipisch	Gordener str:100
6-Treuenbrietzen	Leipziger str:10
7-Buckautal	OT. Buckau Wittstock 1
8-Belzig	Weezgrunder str:21
9-Potsdam	Lerrchensteig 49
10-Potsdam	Kirchhalle 6F

Ankündigung des Boykotts

U.R.I. United against Racism and Isolation – Hennigsdorf Gutschein-Boykott

Für den 1.6.2011 planen die Bewohner_innen des Flüchtlingsheims Stolpe Süd einen Boykott der ihnen monatlich ausgezahlten Wertgutscheine. Das Sozialamt wurde bereits postalisch informiert, dass es die Leistungen für Juni als Bargeld auszahlen soll und die Erniedrigung und Ausgrenzung durch Gutscheine nicht weiter hingenommen werden.

Um diesen Boykott zu unterstützen und unserem Protest gegen das Gutscheinsystem Ausdruck zu verleihen, wird es am **1.6., ab 7 Uhr** eine **Kundgebung vor dem Flüchtlingslager Stolpe Süd in Hennigsdorf** geben.

An diesem Tag sollen ab ca. 9 Uhr die Gutscheine für Juni verteilt werden.

Treffpunkt für Unterstützer_innen ist 8 Uhr S-Bahnhof Hennigsdorf. Des Weiteren wird am 3.6. um 15 Uhr eine Kundgebung auf dem Postplatz direkt beim S-Bahnhof in Hennigsdorf stattfinden.

Weitere Aktionen für den Zeitraum des Boykotts sind in Planung. Die Entscheidung darüber, ob die Versorgung von Flüchtlingen mit Bargeld, Gutscheinen oder anderen Sachleistungen stattfindet, liegt beim Landkreis Oberhavel. In zwei Drittel (12 von 18) der Landkreise in Brandenburg wurde schon auf Geldleistungen umgestellt.

Flächendeckend ebenso in den Bundesländern Hamburg, Berlin, Bremen, Hessen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorp. und Rh-Pfalz. Mit wenigen Ausnahmen auch in NRW und Schleswig-H. und Sachsen (12 von 13 Kreisen). Dass der Landkreis Oberhavel die Umstellung auf eine Bargeldauszahlung verweigert, verkennt die Not der Flüchtlinge und die Nachteile von Gutscheinen.

Gründe gegen die Gutscheine gibt es viele. Flüchtlinge werden dadurch entmündigt. Sie können über ihr Geld nicht frei entscheiden. Zum Beispiel sind Bücher, Kinderspielzeug, Medikamente, Telefonkarten, Briefmarken, Eintritte in kulturelle Einrichtungen oder Sportstätten mit Gutscheinen nicht bezahlbar. Auch Fahrtkosten können mit Gutscheinen nicht bezahlt werden, was die (oft willkürlich einberufenen) Termine beim weit entfernten Sozialamt zu einem enormen Kostenpunkt macht (bei nur 40 Euro „Taschengeld“!). Sparen wird durch das Verfallsdatum der Gutscheine verhindert. Restbeträge (Rückgeld) werden nur bis zu 10% des Einkaufs erstattet und selbst das wird

von einigen Geschäften in Hennigsdorf verweigert. Die Flüchtlinge müssen also in der Regel auf einen Teil des Wertes verzichten. All diese Gründe zwingen die Flüchtlinge zu versuchen, möglichst viele ihrer Gutscheine in Bargeld einzutauschen. Die Folge ist ein inoffizieller Markt für Gutscheine, bei dem die Flüchtlinge oft um einen Teil ihrer ohnehin extrem geringen Lebensgrundlage gebracht werden.

Dieser Umstand trifft Familien mit Kindern am härtesten, da gerade diese dem Druck ausgesetzt sind, neben der Lebenserhaltung auch die kindliche Entwicklung mit Spielzeug und Unternehmungen fördern zu müssen. Denn ist dies über die gesamte Dauer der Versorgung mit Gutscheinen von drei Jahren nicht möglich, sind die Entwicklungsschäden durch die fehlenden Betätigungsmöglichkeiten (in Kombination mit der innerfamiliären Stresssituation durch unverhältnismäßige Armut bei nur knapp 70% des Hartz-IV Satzes) kaum mehr zu beheben.

Darüber hinaus fördern die Gutscheine die Stigmatisierung und Ausgrenzung der Flüchtlinge. An der Kasse müssen die Flüchtlinge jedes Mal zeigen, dass sie fremd sind und von Sozialleistungen leben. Dies fördert Tag für Tag das rassistische Vorurteil „Die wollen nicht arbeiten“. Das faktische Arbeits- und Ausbittungsverbot für Flüchtlinge ohne gesicherten Aufenthaltsstatus wird hierbei jedoch stets unterschlagen.

Die Versorgung der Flüchtlinge, die sich an dem Boykott beteiligen, soll über private Spenden, sowie durch Spenden von Organisationen gesichert werden. Zu diesem Zweck ist ein Spendenkonto beim Flüchtlingsrat Brandenburg eingerichtet: Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrats e.V.

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam

Konto Nr.: 350 1010 000

BLZ: 160 500 00

KENNWORT: Hennigsdorf

Nachfragen können per Mail an uri-hennigsdorf@riseup.net oder per Telefon unter der Nummer 017644567767 gestellt werden.

Erste Solidaritätsbekundungen

Der Kampf des Hennigsdorfer Ratschlags gegen die Ausgabe von Wertgutscheinen an die Asylbewerber

Seit der Gründung des Hennigsdorfer Ratschlags im Jahr 1999 setzen wir uns für die Beseitigung des Gutscheinsystems für Asylbewerber im Landkreis Oberhavel ein. Asylbewerber bekommen hier Wertgutscheine statt Bargeld, nur einen sehr kleinen Betrag erhalten sie als in bar als „Taschengeld“ (ca. 40 Euro).

Es gibt viele Argumente gegen diese Gutschein-Regelung.

Mit diesen Gutscheinen können die Asylbewerber nur in vom Sozialamt ausgewählten Kaufmärkten in Hennigsdorf einkaufen und dürfen ausschließlich Waren des täglichen Bedarfs (Nahrungsmittel und kleinere Haushaltswaren) kaufen.

Das heißt, sie haben keine Möglichkeit selbstverständliche Sachen wie z.B. Bustickets, Telefonkarten, eine DVD, Bücher, geschweige denn einen Kinobesuch oder Kinderspielzeuge zu erwerben.

Außerdem muss der Gutschein in der Verkaufsstelle an der Kasse vor den Augen der Kassiererin unterschrieben werden. Dabei muss der Gutschein komplett eingelöst werden, nur ein kleiner Betrag – 10% des Wertes – darf als Wechselgeld herausgegeben werden. So rechnet der Asylbewerber während des Einkaufs, um den jeweiligen Wert des Gutscheines genau zu erreichen. Stellt sich an der Kasse heraus, dass er sich verrechnet hat, muss er schnell noch mal zurück, um Waren für den fehlenden Wert, damit nicht ein Teil des Gutscheins verfällt.

Wir Mitglieder des Hennigsdorfer Ratschlag sind oft mit den Asylbewerbern einkaufen gegangen und haben so den diskriminierenden Vorgang des Einkaufs hautnah erlebt. Dabei haben wir festgestellt, dass im Moment des Unterschreibens der Gutscheine an der Kasse die Blicke der umstehenden Kunden auf den Asylbewerber gerichtet sind und es kommt zu unschönen Reaktionen.

Die Gutscheinregelung ist eine Bevormundung der Asylbewerber, ihnen wird ein Stempel aufgedrückt.

Wir haben auch in Hennigsdorf gemeinsam mit den Asylbewerbern protestiert. Im Dezember 2001 haben wir vor dem Lidl-Markt die Abschaffung der Gutscheine gefordert. 2003 stellten wir einen schriftlichen Antrag an das Sozialamt. Dieser wurde vom damaligen Dezernenten, Herrn Garske, zurückgewiesen.

Im Protokoll des Hennigsdorfer Ratschlag vom 17.03.2003 heißt es dazu: „Wir werden weiter gegen die Gutscheine protestieren und Anträge einreichen, um so den Druck auf das Landratsamt weiter aufrecht zu erhalten.“

Zum heutigen Tag ist unser Landkreis einer der wenigen im Land Brandenburg, der das menschenunwürdige Versorgungssystem der Asylanten aufrecht erhält.

Wir sprechen uns in aller Deutlichkeit für die Abschaffung des Gutscheinsystems aus.

Wir fordern die Achtung der Menschenrechte auch in Oberhavel, denn Wertgutscheine diskriminieren und bevormunden Menschen.

Mai 2011, i.A. Marina Schneider, Gottfried Litta

Hennigsdorfer Ratschlag



FORUM GEGEN RASSISMUS UND RECHTE GEWALT

Kontakt: Bernhard Fricke
16515 Oranienburg
Albert-Buchmann-Straße 17
Tel. 0160-93438223
Mail: Demokratienetz@gmx.de

Oranienburg, den 31. Mai 2011

PRESSEERKLÄRUNG

FORUM GEGEN RASSISMUS unterstützt Gutschein-Boycott im Asylbewerberheim Hennigsdorf

Am 1. Juni beginnen Asylbewerber und Asylbewerberinnen aus Hennigsdorf mit einem Boycott des Gutschein-Systems.

Die Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit und Demokratie nach Deutschland kommen, erleben das Sachleistungsprinzip als Diskriminierung. Danach bekommen Asylsuchende Gutscheine, um eingeschränkt Lebensmittel und Bekleidung in festgelegten Läden einzukaufen. Das wenige Bargeld brauchen sie, um zum Beispiel Fahrtkosten, Rechtsanwaltsgebühren und Kinderspielzeug zu bezahlen.

Seit seiner Gründung vor 14 Jahren fordert das FORUM gegen Rassismus die Auszahlung von Bargeld an Asylsuchende. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind ohnehin nur ein um 30% verminderter Satz von Hartz IV. Wir fragen: „Wie kann man unterhalb des Existenzminimums leben?“

Das Sachleistungsprinzip widerspricht der Menschenwürde. „Jeder Mensch besitzt die gleiche Menschenwürde. Wir machen keinen Unterschied zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen. Die gleiche Würde begründet auch gleiche Rechte.“

Das Sachleistungsprinzip transportiert die fatale Botschaft, dass bestimmte Menschen einer „Sondergesetzgebung“ unterliegen. Gemeinsam müssen wir verhindern, dass diese Diskriminierung Schule macht. Deshalb fordern die Verwaltung und den Kreistag im Landkreis Oberhavel auf: **„Machen Sie ernst mit dem Einsatz für Integration und Teilhabe der bei uns lebenden Menschen. Beteiligen Sie sich nicht weiter an der Ausgrenzung von Asylsuchenden.“**

Das FORUM gegen Rassismus unterstützt auch deshalb den Gutschein-Boycott, weil wir die Enttäuschung der Asylsuchenden und ihrer Unterstützer über die vergeblichen Diskussionen in der Vergangenheit verstehen. Die Bevölkerung im Landkreis Oberhavel rufen wir auf: **„Öffnen Sie sich für das Anliegen der Asylsuchenden und bieten Sie denen ein Zuhause, die auf der Suche nach Schutz im Landkreis Oberhavel Zuflucht finden.“**

Forum gegen Rassismus Oranienburg
Bernhard Fricke, Reiner Tietz, Andreas Hiller

Pressestimmen im Juni 2011

Ausgegrenzt an der Ladenkasse

An der Kasse reagieren viele genervt, wenn Gutscheine den Betrieb aufhalten.

MAZ, 03.06.2011

„Am liebsten würde ich mich an der Kasse verstecken, aber wir müssen Gesicht zeigen“, berichtete eine Bewohnerin des Hennigsdorfer Asylbewerberheims während der Demonstration am Mittwoch.

OGA, 03.06.2011

Die etwa vierstündige Aktion ging [...] in eine Sitzblockade vor dem Heimtor über. Dadurch konnte der Wagen, in dem Gutscheine und Geld transportiert wurden, nicht aufs Gelände gelangen.

OGA, 03.06.2011

Der Boykott geht nun in die zweite Woche [...] Asylbewerber [berichten] davon, dass Druck auf sie ausgeübt werde.

So sei ihnen gesagt worden, dass jenen, die am Boykott festhalten, die Bezüge [...] gekürzt werden [...] Der vierte öffentliche Protest wurde vom bislang größten Polizeiaufgebot begleitet.

OGA, 09.06.2011

Kisten mit Gemüse, Obst, Broten, Kaffee und Getränken wurden von dem lokalen Antirassismus-Verein „URI“ herangeschafft, damit die mehr als hundert Bewohner des Hennigsdorfer Flüchtlingsheims zu essen haben. [...] Denn seit Mittwoch vergangener Woche boykottieren die Asylbewerber die Ausgabe von Wertmarken.

OGA, 10.06.2011



MAZ, 14.06.2011



MAZ, 4./5.6.2011



MAZ, 9.6.2011

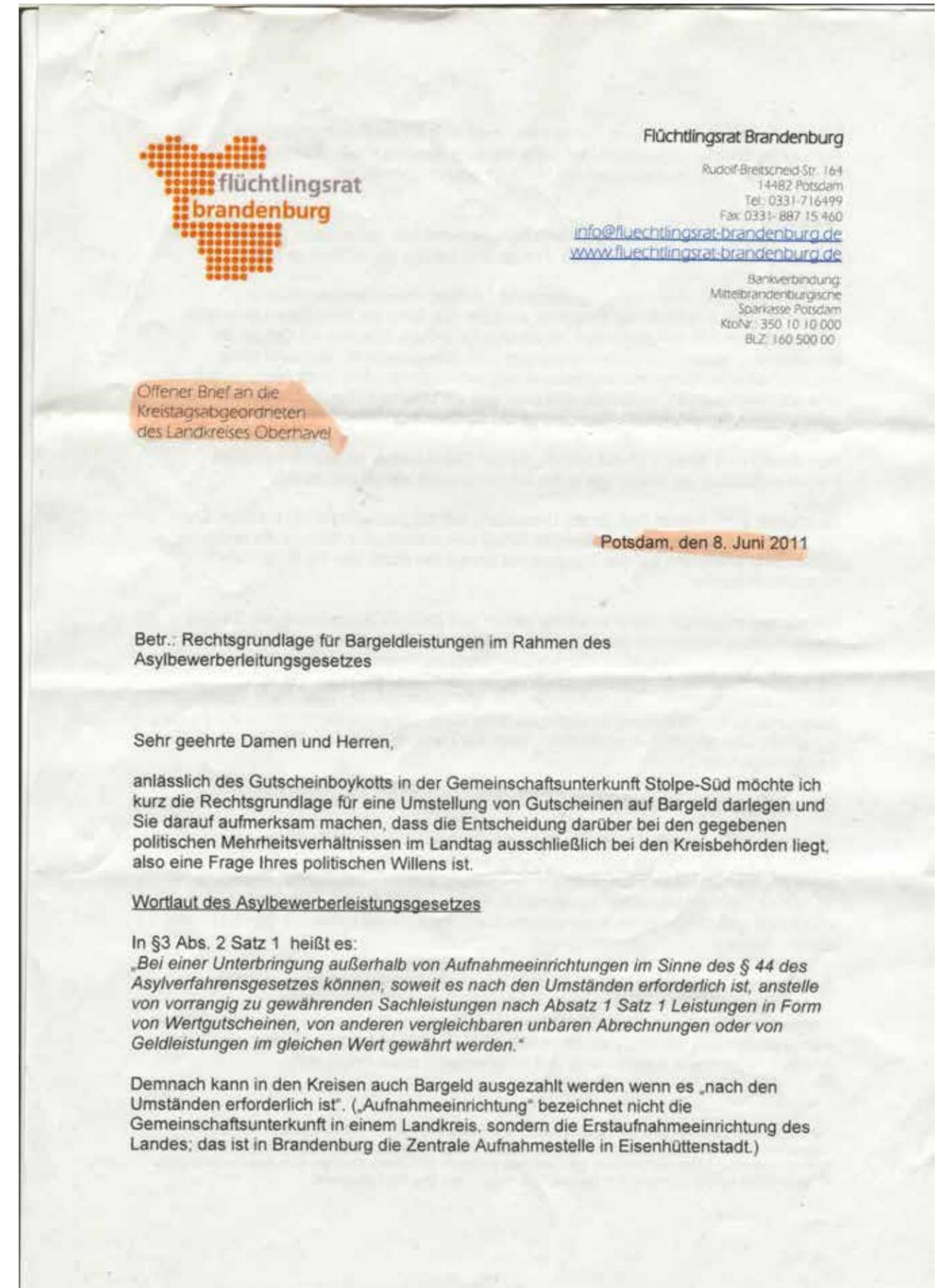


OGA, 15.06.2011

Eine kleine Gruppe Asylbewerber konnte den [Kreis-Sozial] Ausschussmitgliedern ihre Sicht auf die Gutschein-Praxis erläutern [...] „Alle lachen über mich“, sagt die Iranerin Tannaz Bidary, „der Einkauf mit Gutscheinen ist sehr peinlich.“ [...] Eine Schülerin aus Afghanistan, die seit vier Monaten in Hennigsdorf eine neunte Klasse besucht und das Abitur machen will, sagte vor dem Sozialausschuss, dass sie in Berlin einen Deutschsprachkurs belegen möchte. „Das geht aber nicht, weil dort die Gutscheine nicht anerkannt werden.“

OGA, 17.06.2011

Offener Brief Flüchtlingsrat



Offener Brief Flüchtlingsrat

Die Landkreise und kreisfreien Städten sind zuständig für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Bewertung des „nach den Umständen Erforderlichen“ liegt im Ermessen der durchführenden Kommunen.

Auslegung

Zur Auslegung, was als „nach den Umständen erforderlich“ gelten kann, liegt uns ein Brief des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie vor, in dem es heißt:

Bei der Bewertung „des nach den Umständen Erforderlichen“ können sowohl Gesichtspunkte aus Sicht der Behörden als auch aus Sicht der Betroffenen eine Rolle spielen. Sofern z.B. die zuständige Behörde aufgrund der Situation vor Ort zu der Einschätzung gelangt, dass Sachleistungen oder Wertgutscheine aufgrund eines erheblichen verwaltungstechnischen oder organisatorischen Aufwands kostenaufwändiger sind als Geldleistungen, so könnte dies durchaus ein Umstand sein, der eine Abkehr vom Sachleistungsprinzip und die Gewährung von Geldleistungen rechtfertigen kann.

Herr Becke vom Referat 25 des MASF, der zur Zeit in Urlaub ist, wird Ihnen diese Rechtsauffassung auf Nachfrage sicherlich gerne noch einmal bestätigen.

Es können auch andere Gründe die Umstellung auf Bargeld erforderlich machen. Die Stadt Potsdam bezog sich zum Beispiel neben den zusätzlichen Kosten, die durch Gutscheine entstehen, auf das Integrationskonzept der Stadt, das die Bargeldzahlung erforderlich mache.

Der Landesintegrationsbeirat empfiehlt bereits seit 2002 die Auszahlung von Bargeld. Diese Haltung konnte sich aber bis zur Landtagswahl 2009 politisch nicht durchsetzen. Das hat sich mit den aktuellen Mehrheitsverhältnissen verändert. Mit Beschluss vom 14. April hat sich der Landtag grundsätzlich gegen das Sachleistungsprinzip im Asylbewerberleistungsgesetz ausgesprochen und die Regierung beauftragt, sich im Bundesrat für die Streichung einzusetzen. Eine Umstellung von Gutscheinen auf Bargeld entspricht also aktuell dem politischen Willen der Landtagsmehrheit und der Landesregierung.

Handhabung in Brandenburg

Der Landkreis Oberhavel ist der einzige im Land Brandenburg, der noch an alle Flüchtlinge (asylsuchende wie geduldete, in der Gemeinschaftsunterkunft wie in Wohnungen) Gutscheine ausgibt.

13 von 18 Landkreisen haben inzwischen komplett auf die Auszahlung von Bargeld umgestellt und die Gutscheine ganz abgeschafft, - zuletzt der Landkreis Barnim im Mai diesen Jahres.¹

Sehr geehrte Damen und Herren, Gründe gegen die Gutscheine gibt es mehr als genug, nicht nur aus der Sicht der Betroffenen, sondern auch in Hinblick auf ein integrationsfreundliches Klima in den Landkreisen. Wenn Sie in einer Schlange vor einer Kasse stehen und vor Ihnen ein Flüchtling mit Gutscheinen bezahlen muss, wird Ihnen deutlich werden, wie ausgrenzend und herabsetzend diese Praxis wirkt.

¹ Drucksache 5/2212 Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen „Zur Situation von Flüchtlingen“ http://www.parl.dok.brandenburg.de/parl/doku/w5/drs/ab_2200/2212.pdf
Hier wird allerdings fälschlicherweise der Landkreis Potsdam-Mittelmark noch bei der Gutscheinausgabe gelistet. PMM zahlt schon seit 2005 Bargeld aus. Barnim seit Mai 2011 ebenfalls.

Der Flüchtlingsrat hat einen Spendenaufruf zur Unterstützung des Gutscheinboykotts verschickt. Dieser wurde von verschiedenen Organisationen im Land Brandenburg aufgegriffen und weitergeleitet. Bis zum heutigen Tag sind insgesamt 9000,-€ von zahlreichen Spender/innen eingegangen, was die große Unterstützung für den Gutscheinboykott in Hennigsdorf verdeutlicht. Dazu kommen Sachspenden von Privatleuten, Bäckereien und Lebensmittelgeschäften. Auch all diese Menschen freuen sich, wenn im Landkreis Oberhavel die Gutscheine abgeschafft werden!

Mit freundlichen Grüßen!

Beate Selders

Pressestimmen im Juni 2011

Der Ton wird schärfer

[...] Der Streit um das Gutscheinsystem [...] spitzt sich zu. [...] Hiesige Kirchengemeinden und auch SPD-Mitglieder verurteilen die Politik des Landkreises gegenüber Flüchtlingen. [...] Die Grünen und die Linken lehnen die Gutscheine ausdrücklich ab. [...] Detlef Krebs, Vize-Betriebsratsvorsitzender der Henningsdorfer Elektrostahlwerke und SPD-Stadtverordneter spricht von einer „Politik der Ewiggestrigen.“ [...] Verdi-Bezirksgeschäftsführer Ivo Litschke appellierte gestern an die Kreistagsabgeordneten, die Gutschein-Praxis aufzuheben.

MAZ, 21.06.2011

Fragen, Ängste und ein Hilferuf

- Etwa 50 Asylbewerber und Flüchtlingsvertreter sprachen gestern in der Einwohnerfragestunde des Kreistages in Oranienburg vor.
- Der Vorsitzende des Henningsdorfer Ausländerbeirates: „Wie soll ich von 40 Euro Taschengeld im Monat Medikamente, Briefmarken, Telefon, Übersetzungen oder Beweismittel für mein Asylverfahren bezahlen?“
- Ein Asylbewerber: „Ich war in der letzten Woche bei der Ausländerbehörde. Ich habe Angst vor der Abschiebung.“
- Ein Flüchtlingsvertreter: „Wie hoch ist der finanzielle Aufwand für die Gutscheine?“

■ Der zehnjährige Sohn eines Asylbewerbers: „Alle meine Freunde haben richtig tolle Sachen. Wieso kann ich nicht wie die anderen Kinder leben?“

■ Der Vater, der mit zwei weiteren Kindern seit zehn Jahren in Hennigsdorf lebt: „Ich habe keine Arbeitsgenehmigung. Deutschkurse sind mir verboten. Ich möchte Integration, aber alles ist mir verboten. Auf der Ausländerbehörde höre ich immer nur: ‚Nein, das geht nicht. Das verstehe ich nicht. Helft mir!‘“ sim

MAZ, 23.06.2011

MAZ 23.6.2011

Hauchdünne Mehrheit

ASYL Kreistag fordert Verwaltung auf, den Ermessensspielraum für Bargeld zu nutzen

In Oberhavel lebende Asylbewerber sollen künftig nach Einzelfallprüfungen Bargeld bekommen. Ein entsprechender Antrag von Grünen und Linken setzte sich gestern Abend im Kreistag mit nur einer Stimme Mehrheit durch.

Von Frauke Herweg

ORANIENBURG | Am Ende Jubel unter den Asylbewerbern: Im Oberhaveler Kreistag setzte sich gestern ein Antrag der Grünen/Freie Wähler und der Linken durch, der die Verwaltung auffordert, das Gutscheinsystem nach Einzelfallprüfungen auf Bargeld umzustellen. Mit 24 Ja- und



MAZ, 23.06.2011

1. Kreistagsbeschluss

Landkreis Oberhavel
Kreistag



Beschluss Nr. 4/0186
vom 22.06.2011

Der Kreistag Oberhavel fordert den Landrat auf, die Gutscheinregelung für Flüchtlinge im Landkreis Oberhavel unverzüglich auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung der jeweils Betroffenen auf die Auszahlung von Geldleistungen umzustellen.

Karsten Peter Schröder
Karsten Peter Schröder
Vorsitzender des Kreistages

Hilstramm
Hilstramm
24 Ja 23 Nein

Pressemitteilung

Pressemitteilung

Ressorts: Lokales (Brandenburg), Politik

von

U.R.I. – United against Racism and Isolation Hennigsdorf e.V.
Hennigsdorfer Ratschlag
Flüchtlingsberatungsstelle des Kirchenkreises Oberes Havelland
Flüchtlingsrat Brandenburg
Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und
Fremdenfeindlichkeit



23. Juni 2011

Kreistag fordert Bargeld

Am gestrigen Mittwoch hat der Kreistag von Oberhavel die Kreisverwaltung aufgefordert, die Sozialhilfe für Flüchtlinge künftig in Bargeld auszuzahlen und das diskriminierende Gutscheinsystem aufzugeben. Die Entscheidung wurde von den anwesenden Flüchtlingen und Initiativen, die sich für die Bargeldauszahlung einsetzen, mit Jubel kommentiert.

Während der Sitzung wurde bekannt, dass Landrat Karl-Heinz Schröter (SPD) und Sozialdezernent Michael Garske dem Kreistag einen Brief des Potsdamer Sozialministeriums vorenthalten hatten. Das Schreiben, in dem der Ermessensspielraum im Asylbewerberleistungsgesetz erläutert und der Rechtsauffassung der Kreisverwaltung widersprochen wird, wurde verlesen. Die FDP-Fraktion kritisierte den Landrat scharf für diese Informationspolitik. Sie hätte diesen „meinungsbildenden“ Brief vor der Sitzung zugespielt bekommen und daraufhin beschlossen, dem Antrag zuzustimmen. Auch viele SPD-Abgeordnete stimmten dem Antrag von Grünen, Freien Wählern und der Linken zu, der mit 24 zu 23 Stimmen angenommen wurde.

Eine Stunde vor der Kreistagssitzung hatte das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zusammen mit Flüchtlingen aus Hennigsdorf dem Vorsitzenden des Kreistags in Anwesenheit der Fraktionsvorsitzenden einen Appell für Bargeldzahlung übergeben, den innerhalb weniger Tage 833 Menschen unterzeichnet hatten. Etwa 40 Flüchtlinge und Unterstützer_innen beobachteten anschließend die Kreistagssitzung und machten von ihrem Rederecht in der Einwohnerfragestunde Gebrauch.

Der Landrat und sein Sozialdezernent kündigten während der Debatte an, den Beschluss des Kreistages missachten zu wollen. Ob sich die Verwaltung jedoch offen gegen das Parlament stellen und sich weiterhin hinter einer Rechtsauffassung verstecken kann, die von der Landesregierung, der Mehrheit der Landkreise in Brandenburg sowie von vielen Bundesländern nicht geteilt wird, wird sich zeigen. Es wird in den kommenden Wochen noch einiger Überzeugungsarbeit bedürfen, bis auch bei der Kreisverwaltung von Oberhavel ankommt: Yes, you can!

Kontakt:

Tobias Becker 0176 – 70452745
Simone Tetzlaff 0172 – 3984191

Pressestimmen im Juni/Juli 2011

Schlafen auf Tuchfühlung

„Dieses Heim muss aufgelöst werden, besser morgen als übermorgen!“

Das ist das Fazit, das Reik Högner, Vorsitzender des Arbeitskreises Flüchtlinge in Oberhavel der Kreis-SPD, gegenüber unserer Zeitung nach der Besichtigung des Asylbewerberheims in Stolpe-Süd zog [...] Die Betten der Familie stehen eng an eng, teils ohne Gang dazwischen. Auf wenigen Quadratmetern schlafen die Eltern mit ihrem 15-jährigen Sohn und der um ein Jahr älteren Tochter. [...] der Clubraum [...] ist generell zu und wird nur aufgeschlossen, wenn ein von einem Bewohner gestellter Antrag vom Landratsamt Oranienburg genehmigt worden ist.

Hennigsdorfs Vizebürgermeister Martin Vitt kann es nicht fassen.

MAZ, 25./26.06.2011

Wenn Gutscheine plötzlich unwichtig sind.

Zugriff in der Warteschlange des Asylbewerberheims: Mann aus Kamerun soll nach Zypern abgeschoben werden.

MAZ, 07.07.2011

Solidarität mit Kameruner

Gegen die Gutscheinregelung für Flüchtlinge und gegen die drohende Abschiebung eines [...] Kameruners demonstrierten [...] gut 30 Menschen.

[...] U.R.I. wies darauf hin, dass Menschenrechtsorganisationen die Situation von Flüchtlingen in Zypern als katastrophal einschätzen. Sie sei ähnlich wie die in Griechenland. Dorthin darf es auf Beschluss [...] des Bundesverfassungsgerichts keine Rückschiebungen mehr geben.

OGA, 14.07.2011



OGA, 28.06.2011



OGA, 06.07.2011



OGA, 07.07.2011



MAZ, 26.07.2011

Landkreis bietet erstmals Deutschkurse für Asylbewerber

OGA, 19.07.2011

Pressestimmen im August...

Fortgesetzt werden nicht nur die Aktionen gegen die Gutschein- und Abschiebep Praxis des Landkreises, sondern auch der Boykott

[...] „Zwei Bewohner haben durchgehend während der vergangenen Monate keine Gutscheine angenommen“, berichtete U.R.I.-Sprecher Tobias Becker [...] [Zehn werden sich wieder] an dem Boykott beteiligen. Mehr Teilnehmer könne die Initiative nicht mit Spenden versorgen.

OGA, 04.08.2011

Die in Oberhavel übliche Praxis, Asylbewerber, die länger als vier Jahre rechtmäßig in Deutschland leben und in einer Wohnung untergebracht sind,

Gutscheine zu geben, ist rechtswidrig.

In einem Brief an den Flüchtlingsrat Brandenburg bestätigte das Potsdamer Sozialministerium, dass diese Flüchtlinge einen Rechtsanspruch auf Geld haben.

MAZ, 05.08.2011

„Es fehlt der Respekt vor Grundrechten“

Das Festhalten am Gutscheinsystem hat der Landkreis bisher immer mit dem Verweis auf Gesetze gerechtfertigt. Klar ist: Zumindest im Fall der Familie Bidari handelt er rechtswidrig. Da ist zum Beispiel Tannaz Bidari. Vor viereinhalb Jahren floh sie mit ihrem Mann Shahin und ihren beiden Kindern, inzwischen elf und sieben Jahre alt, aus dem Iran nach Deutschland. Ihr Mann war in der Opposition aktiv [...] Inzwischen erwartet ihn in seinem Heimatland die Todesstrafe, sagt Tannaz Bidari. Die Bidaris leben in Hennigsdorf, ihre Kinder gehen in die Grundschule Nord. Sie haben eine Wohnung. Tannaz spricht gutes Deutsch, wenn auch mit Akzent. Die Kinder haben mit der Sprache ohnehin kein Problem. [...]

Weil ihr Aufenthaltsstatus immer noch ungeklärt ist, dürfen weder Tannaz noch ihr Mann Shahin arbeiten

[...] Weil sie bereits länger als vier Jahre in Deutschland leben, müssten sie ihre Leistungen in Bargeld ausgezahlt bekommen – doch der Landkreis gibt stattdessen Gutscheine. Laut Landesregierung ist das rechtswidrig. [...] Die Bidaris haben sich nun entschlossen, die Annahme der Gutscheine zu boykottieren – so wie sechs weitere Asylbewerber aus dem Hennigsdorfer Flüchtlingswohnheim, die bereits seit Juni auf diese Weise gegen die Gutscheine protestieren. Simone Tetzlaff von der Flüchtlingsberatung Hennigsdorf und Wera Quoß vom Hennigsdorfer Ratschlag kündigten gestern an, den Druck auf das Landratsamt solange aufrechterhalten zu wollen, bis auf Bargeld umgestellt werde [...] Scharfe Kritik äußerte Tetzlaff an der versuchten Abschiebung eines Kameruners nach Zypern. [...] „Der Mann ist ja kein Krimineller.

Dem Landkreis fehlt der Respekt vor Grundrechten“, so Tetzlaff.

MAZ, 10.08.2011

Der Boykott geht weiter - Landkreis muss etwas 50 Einzelfall-Anträge von Asylbewerbern auf Bargeldauszahlung prüfen

Im Gutscheinstreit geben der Flüchtlingsrat Brandenburg, der Hennigsdorfer Ratschlag und [...] U.R.I. keine Ruhe. [...]

„Wir sind mit den Lösungen der Verwaltung nicht einverstanden“, sagte Patrick Kizito, einer der Streikenden.

[...] Seit August verweigern wieder zehn Flüchtlinge die Annahme der Gutscheine. Darunter sind auch Mütter mit Kindern und eine ganze Familie. Sie stünden stellvertretend für alle Heimbewohner, so Tetzlaff. Die Gutscheinverweigerer leben in diesen Wochen von Spenden. Parallel dazu haben 43 Asylbewerber gestern Anträge auf Barauszahlungen an das Landratsamt geschickt.

OGA, 10.08.2011

Breite Front gegen Ney – Kritik an provokanten Aussagen von Ex-Vizelandrat

Die Fraktionsvorsitzenden im Kreistag haben die provokanten Äußerungen von Ex-Vizelandrat Michael Ney (CDU) über Asylbewerber scharf kritisiert. [...] Ney hatte beim CDU-Kreisparteitag [...] die restriktive Asylpolitik des Landkreises und das Festhalten am umstrittenen Wertgutscheinsystem für Asylbewerber unter anderem mit dem Argument verteidigt, dass Gäste nicht dieselben Rechte haben könnten wie Einheimische. Außerdem sagte er: „Ich bin für Familienzusammenführung, aber am Bosphorus.“

MAZ, 31.08.2011

Glosse von Sebastian Meyer

MOMENT MAL

[...] Nun hat Ney nicht gesagt, wie er die Familien der geflüchteten Iraner, Kameruner oder Ghanaer in die Türkei verfrachten will. Klar ist aber, dass Ney großzügig geworden ist.

Während seiner Amtszeit verweigerte er Asylbewerbern ja noch mit Verweis auf die sogenannte „Residenzpflicht“, den Landkreis zu verlassen.

Vielleicht ist Ney ja auch deshalb so generös, weil er selber gute Erfahrungen mit Familienzusammenführungen gemacht hat. Seitdem er vor 22 Jahren die Reisefreiheit gewann, war er viel unterwegs. In Taiwan soll er sogar eine Frau gefunden haben. So weit will Ney die Asylbewerber aber nicht auf Reise schicken. Wie hat es Bismarck so schön formuliert. „Die Freiheit ist ein Luxus, den sich nicht jedermann gestatten kann.“

MAZ, 31.08.2011

...und Sept 2011

Auf dem Stand von 1993 – Experte drängt Kreis zum Handeln

Der Sozialrechtsexperte und Mitarbeiter des Berliner Flüchtlingsrates, Georg Claasen, hat gestern im Sozialausschuss des Kreises ein Ende der Wertgutscheine für Asylbewerber gefordert. Claasen [...] wies darauf hin, dass 70% aller Kreise und Kommunen in Deutschland Bargeld an Asylbewerber auszahlen. [...]

Die Zahlen zeigten, dass es Ermessensspielraum gebe

– und es eine politische Frage sei, ob man Bargeld statt Gutscheinen auszahlen will. [...] Der den Flüchtlingen zustehende Regelsatz [...] basiere noch auf dem Gesetz von 1993 – gleichzeitig habe die Inflation aber 32,5 Prozent ausgemacht. [...] Auf einer anderen Ebene hat sich der Kreis bereits bewegt. Wie der Leiter des Fachbereichs Soziales, Detlef Kullmann, gestern verkündete, startet am Freitag ein kostenfreier Deutschkurs für 15 Flüchtlinge in Hennigsdorf.

MAZ, 15.09.2011

[Im Juli] versprach [SPD-Vorsitzender] Gabriel seinen Einfluss geltend zu machen und mit dem Landrat ein Telefonat zu führen. Telefoniert haben die beiden SPD-Männer mittlerweile - ein Erfolg war es nur für den Landrat [...]

„Der Landrat hat Herrn Gabriel seine uns bekannte Position erläutert und erklärt, dass er diese beibehalten werde“,

heißt es in einem Schreiben von Gabriels Referentin Claudia Wiebusch, das unserer Zeitung vorliegt. [...] Das Schreiben aus dem Büro des SPD-Bundesvorsitzenden endet mit den Worten: „Leider hat Herr Gabriel keine weitergehenden Möglichkeiten auf ihn (den Landrat) einzuwirken.“ Verwiesen wird auf Initiativen der SPD im Bundestag.

OGA, 20.09.2011

Gemeinsame Anfrage

Hennigsdorf, den 19.09.11

IG Metall
Verwaltungsstelle
Oranienburg
Fontanesiedlung 13
16761 Hennigsdorf

Hennigsdorfer Ratschlag

Anfrage an die Kreisverwaltung und den Kreistag des Landkreises Oberhavel hinsichtlich der Verwendung öffentlicher Gelder :

1. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Potsdam im Jahr 2002 berechnet hat, dass der jährliche Kostenaufwand für die Gutscheinauszahlung für Flüchtlinge 7200,00 € betrug und dies zum Anlass nahm, auf Bargeldauszahlung umzustellen, möchten wir folgende Fragen an Sie stellen :

- Wieviel Geld muss die Verwaltung aus dem öffentlichen Haushalt an die Firma Sodexo, die die Gutscheine herstellt und vertreibt, monatlich bezahlen?
- Müssen die Kreisverwaltung oder die Geschäfte eine prozentuale Kostenpauschale an die Firma Sodexo abführen? Wenn ja, wie hoch ist diese?
- Wie hoch ist der zeitliche und personelle Aufwand, der für die Abwicklung der Gutscheinabrechnung mit den Geschäften auf der einen Seite und der Herstellerfirma auf der anderen Seite, erforderlich ist?
- Wie hoch sind die Sachkosten (Büromiete, Telefon etc), die im Rahmen des Gutscheinsystems anfallen?
- Auf welcher rechtlichen Grundlage sind die Gutscheine zeitlich befristet gültig (teilweise nur bis Mitte des nächsten Monats) und nur im Landkreis Oberhavel gültig?

2. Im Sozialausschuss im Juni 2011 erwähnte der Sozialdezernent Herr Garske in seinen Ausführungen, dass ein größerer Teil derjenigen, die Leistungen nach SGB II beziehen (sog. Hartz 4 Bezieher) ebenfalls Gutscheine erhalten würden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

- An welche Personengruppen der SGB II Leistungsberechtigten werden Gutscheine ausgegeben?

- Wieviele der Gesamtgruppe der SGB II Leistungsberechtigten sind von der Gutscheinregelung betroffen?
- Aus welchen Gründen werden an diese Personengruppen Gutscheine ausgegeben?
- Welche Kosten entstehen jährlich in welcher Höhe durch die Gutscheinausgabe an Leistungsberechtigte nach SGB II?
- Welcher Betrag wird monatlich in diesem Zusammenhang an die Firma Sodexo bezahlt?

3. Der Presse war zu entnehmen, dass die Firma Sodexo mit der Essenslieferung an Kitas und Schulen im LK Oberhavel beauftragt ist. In diesem Zusammenhang fragen wir:

- In welchen Bereichen ist die Firma Sodexo im LK Oberhavel tätig?
- Wie hoch ist der Gesamtbetrag, den die Firma Sodexo für die verschiedenen Dienstleistungen, die sie im LK Oberhavel erbringt, aus dem öffentlichen Haushalt erhält?

4. Der kamerunische Flüchtling P.Wamba wurde auf Anordnung der Ausländerbehörde am 6.7. festgenommen und in die Abschiebehafte nach Eisenhüttenstadt gebracht. Kurz darauf musste er auf die psychiatrische Station des Krankenhauses Eisenhüttenstadt verlegt werden. Vor der Tür des Krankenzimmers wurden zwei Wachmänner stationiert.

- Wer ordnete die Bewachung an?
- In welchem Zeitraum bestand die Bewachung?
- Welche Kosten sind durch die mehrtägige Bewachung entstanden?
- Von welchen Geldern werden die Bewachungskosten bezahlt?

IG Metall Oranienburg : Detlef Krebs

Gotthard Otte

Hennigsdorfer Ratschlag : Marina Schneider

IG Metall und Hennigsdorfer Ratschlag erhielten auf ihre Fragen - wenig aussagekräftige - Antworten der Verwaltung..

2. Kreistagsbeschluss

Landkreis Oberhavel
Kreistag



Beschluss Nr. 4/0197

vom 28.09.2011

Der Kreistag empfiehlt der Kreisverwaltung die Gutscheinregelung für Flüchtlinge im Landkreis Oberhavel weitestgehend auf das Bargeldprinzip umzustellen. Die Auszahlung von Geldleistungen soll auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung der jeweils Betroffenen erfolgen.

Karsten Peter Schröder
Vorsitzender des Kreistages

Abstimmungs-
ergebnis:
26 Ja 24 Nein

Pressestimmen im Sept/Okt 2011

Unangenehme Fragen an den Kreis

007
23.9.2011
Gewerkschafter und Hennigsdorfer Ratschlag wollen Klarheit in der Asylpolitik

OGA, 23.09.2011

Grüne: Landrat schadet dem Kreis

7.9.2011
099
GUTSCHEINE Gewerkschaften mischen sich ein

MAZ, 27.09.2011

Ein Beschluss ohne Folgen

Asylpolitik: Parlament gibt lediglich Empfehlung zur Umstellung auf das Bargeldprinzip ab

OGA, 29.09.2011

Kirchenkreis unterstützt Flüchtlinge

Die Gutscheine bezeichnet [der Schwantener Pfarrer Johannes] Köbel als diskriminierend, ausgrenzend, bürokratisch, ineffizient und teuer. „Wenn mit ihnen keine Gesundheitsprophylaxe möglich ist, dann sind sie gesundheitsschädlich“, stellt er klar.

Auch gehe mit den Gutscheinen der „unterschwellige, öffentlich kaum ausgesprochene Verdacht“ einher, dass Flüchtlinge Bargeld missbrauchen oder verschwenden könnten.

Dieser Verdacht sei „mit unseren Praxiserfahrungen nicht zu halten“.

OGA, 8./9.10.2011



Der nächste Protest

OGA, 12.10.2011

„Kommentarschlachten“

Es geht darum, „den Verlust der Währungsstabilität zu verhindern“

Landkreis Oberhavel

MAZ, 13.10.2011

Kommentar von Sebastian Meyer

Dieser Euro. Ganz schön instabil. [...] Wie gut, dass es da zwei Stabilitätsanker gibt.

Landrat Schröter und sein Vize Egmont Hamelow haben erkannt, dass man statt mit Rettungsschirmen voller Milliarden auch mit 180 Asylbewerbern ohne Geld für die Stabilität des Euro garantieren kann.

[Hamelow begründet], warum die Gutscheine für Asylbewerber zeitlich begrenzt sind: Man müsse verhindern, dass das Geldschöpfungsmonopol der Zentralbanken unterlaufen wird. Ohnehin hätte die zeitliche Befristung der Gutscheine Vorteile. Nur so werde der Umlauf einer konkurrierenden Währung unterbunden. Nicht, dass die Asylbewerber noch die D-Mark zurückhaben wollen. Zudem müsse der „Verlust der Währungsstabilität“ verhindert werden, so Hamelow. Inflation ist schließlich doof. Der Teuro sowieso.

Damit der Euro den Jahreswechsel überlebt, sollten die Inflationsbekämpfer im Landratsamt nun auch vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückschrecken: Mehr Gutscheine statt Weihnachtsgeschenke zum Beispiel.

Aber bitte mit Verfallsdatum.

MAZ, 13.10.2011

Stellungnahme von Michael Ney (CDU)

„Massenhafter Asylmissbrauch“

[...] Es kommen ganz überwiegend die cleveren, gesunden, jungen, relativ gebildeten Angehörigen einer potentiellen Mittelschicht, die oft in ihren Heimatländern dringend beim Aufbau gebraucht würden.

Unter dem Deckmantel des Asylrechts wird eine illegale Einwanderung über kriminelle Schlepperbanden betrieben, um schlichtweg in Deutschland einen höheren Lebensstandard zu erhalten.

Wir brauchen Ausländer, die uns nutzen

[...] Volkswirtschaftlich brauchen wir - bei immer noch drei Millionen Arbeitslosen - keine für den deutschen Arbeitsmarkt unqualifizierten Einwanderer, sondern hochqualifizierte Leistungsträger [...] Im Klartext: Wir brauchen mehr Ausländer, die uns nützen, und weniger, die uns ausnützen. [...] Es ist eine große zivilisatorische Errungenschaft unseres Grundgesetzes, wonach „politisch Verfolgte Asyl genießen“.

Massenhafter Asylmissbrauch

Das heißt im Umkehrschluss auch, politisch nicht Verfolgte [...] genießen kein Asyl. Von unabhängigen deutschen Gerichten werden [...] weit über 90 Prozent der Asylbewerber regelmäßig abgelehnt. Das heißt, es gibt einen vorsätzlichen, massenhaften, organisierten systematischen Asylmissbrauch beziehungsweise Asylbetrug. Aber auch anerkannte Asylbewerber genießen natürlich nur auf Zeit das Asylrecht.

Sie brauchen und sollen nicht in Deutschland integriert werden.

[...]

Multikulti ist eine Wahnidee

Anstatt, dass die 68er Weltverbesserer und Menschheitsbeglucker ihre törichten Thesen [...] nach der Lebenswirklichkeit und am gesunden Menschenverstand messen würden, verrannten sich die Gutmenschen [...] in die nächste Wahn-idee: In der multikulturellen Gesellschaft läge das Heil. Vielleicht gelänge es ja doch noch durch die Hintertür, mit der millionenfachen illegalen Einwanderung von außer-europäischen Armutsflüchtlingen die verhasste bürgerliche Gesellschaft zu Fall zu bringen.

Inzwischen ist bekanntlich die multikulturelle Gesellschaft in ganz Europa kläglich gescheitert und löste überall entsprechende Reaktionen aus. [...]

Die politische Entscheidungsträger sowohl der Verwaltung als auch des Kreistages haben sich [...] immer bemüht, [...] Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen.

Gäste können nicht die gleichen Rechte haben

Aber der Gast kann nicht die gleichen Rechte wie der Hausherr haben. Und wenn der Gast die Hausordnung bestimmen will, leidet auf Dauer die Gastfreundschaft. Oder haben Sie schon mal Asylbewerber mit Transparenten „Danke Deutschland!“ gesehen? Eben!

MAZ, 20.10.2011

Gefährliche Halbwahrheiten

MAZ 20.10.2011

ASYLBEWAHRHEITEN Michael Neys Thesen zur Asylpolitik sind nicht haltbar - ein Standpunkt

MAZ, 20.10.2011

Das sagen Kommunalpolitiker zu Neys Äußerungen

Frank Bommert (CDU-Chef Oberhavel): Grundsätzlich teilen wir das. Das Asylrecht ist ein auf Zeit begrenztes Aufenthaltsrecht. Neys Aussagen mit den Wirtschaftsflüchtlingen will ich aber nicht verallgemeinern. Aber Multikulti halte ich für tot. Das klappt nicht. Da ist zum Beispiel in Berlin zu viel durch Multikulti kaputt gegangen. Wenn ich in Neukölln in einer Schule keinen Blondnen mehr in der Klasse sehe, dann läuft was aus dem Ruder.

Thomas von Gizycki (Grüne): Parolen wie die von Herrn Ney verhindern, dass zielführende Maßnahmen zur Integration ergriffen werden. Er will nicht wahrhaben, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wir Zuwanderung brauchen und die Gesellschaft dadurch vielfältiger und lebendiger wird. Es ist

ratselhaft, warum eine Partei, die das Christentum im Namen führt, sich so schwer tut, eine Geste der Menschlichkeit wie Bargeld statt Gutscheine zuzulassen.

Peter Ligner (Die Linke): Eifrig ist Ney dabei, die Mikrobe der deutsch-nationalen Dummheit und Ausländerfeindlichkeit zu verbreiten und dabei nicht nur Stammtische zu bedienen. Um in Neys Begriffswelt zu bleiben: Das sind sie, die "Hausherrn"-Menschen, die Hilfe suchende Flüchtlinge zu 90 Prozent diffamieren, mit einem Abschreckungsregime belegen und die restlichen nur aufnehmen wollen, wenn sie „nützlich“, also kurzfristig verwertbar sind.

Landrat Karl-Heinz Schröter (SPD) und der Chef der SPD-Kreistagsfraktion, Andreas Noack, wollten trotz Nachfrage zu Neys Äußerungen keine Stellung beziehen.

MAZ, 20.10.2011

Standpunkt von Sebastian Meyer

Gefährliche Halbwahrheiten

[...] Die MAZ bezieht zu seinen Thesen Stellung – Ney war immerhin 20 Jahre für die Asylpolitik im Landkreis zuständig.

1. „Wir brauchen mehr Ausländer, die uns nutzen, und weniger, die uns ausnutzen“ Richtig ist, dass Asylbewerber in Deutschland den Staatshaushalt belasten.

Das liegt aber vor allem daran, dass für sie ein Arbeitsverbot gilt.

Wie Ney richtig schreibt, sind unter den Asylbewerbern auch viele, die gut ausgebildet sind. Sie würden gerne arbeiten und sich selbst ihren Lebensunterhalt verdienen. Die geltende Asylpraxis verhindert das.

2. „Es gibt massenhaften Asylmissbrauch“ Die extrem hohe Ablehnungsquote ist kein Beleg für Missbrauch, sondern für eine restriktive Auslegung. [...] Der Journalist Heribert Prantl sagt:

Das Asyl ist für die meisten Flüchtlinge wie eine Fata Morgana: Schön, aber unerreichbar.

[...] Das Diakonische Werk hat vor Jahren Fälle von Asylbewerbern dokumentiert, die durch das Sieb des Asylverfahrens fielen. Darunter waren

„Kommentarschlachten“

eine iranische Frau, die wegen Ehebruchs gesteinigt werden sollte und eine tamilische Mutter aus Sri Lanka, der man ihr Kind aus dem Arm schoss und die anschließend vergewaltigt und mit dem Tode bedroht wurde.

3. „Integration ist nicht die Intention der Asylgesetzgebung“

Ney hat nur teilweise Recht: Das deutsche Asylgesetz atmet zwar nicht den Geist der Integration.

Allerdings sieht die Genfer Flüchtlingskonvention, die auch Deutschland unterschrieben hat, dauerhafte soziale und kulturelle Rechte von Flüchtlingen vor.

Dazu gehört auch eine menschenwürdige Sozialversorgung. Und zur Erinnerung: Hätten Länder wie die USA oder Großbritannien während der Nazi-Herrschaft im Sinne Neys gehandelt, dann hätten sie die vor dem Holocaust fliehenden Juden auch nicht integrieren dürfen. Die Frage ist, ob das unser Maßstab sein sollte.

4. „Multikulti ist eine Wahnidee, um die bürgerliche Gesellschaft zu Fall zu bringen“

Neys Verschwörungstheorie zu „Multikulti“ ist nicht nur eine der Kernaussagen der neo-nazistischen NPD, sondern auch falsch.

Die multikulturelle Gesellschaft ist Realität.

Derzeit haben 19 Prozent der Menschen in Deutschland einen „Migrationshintergrund“. Was ist daran so schlimm? Vor allem: Was ist Neys Alternative? Die deutsche Monokultur? Und wenn ja: Was passiert dann mit den hier lebenden Ausländern? Zurück an den Bosphorus, wie Ney nahelegte? Auch Neys Behauptung, andere europäische Länder zeigten, dass Multikulti „kläglich gescheitert“ sei, ist ein Scheinargument.

Die Probleme Europas sind vor allem sozial, nicht ethnisch oder kulturell bedingt.

Das lässt sich auch in Deutschland leicht aufzeigen. Das Bundesland mit einer der höchsten Kriminalitätsraten und den meisten Gewalttaten gegen Ausländer ist

Sachsen-Anhalt. Gleichzeitig hat das Land mit 1,83 Prozent den niedrigsten Ausländeranteil. [...] Sachsen-Anhalt hat eine der höchsten Arbeitslosenraten – ein fruchtbarer Boden für Sündenbockkampagnen und Rassismus.

In Norwegen hat der rechtsradikale Anders Breivik im Juli ein schreckliches Attentat verübt.

Norwegens Ministerpräsident Stoltenberg sagte danach etwas sehr vernünftiges. Die Antwort auf die Anschläge müsse lauten: Mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Dialog.

Für Oberhavel kann das nur bedeuten: Mehr Liberalität im Umgang mit den Asylbewerbern.

MAZ, 20.10.2011

Leserbrief von Rosemarie und Reinhard Weber, Velten zu M. Ney: „Massenhafter Asylmissbrauch“

Gefährliche Hasstriaden

Wir, eine gläubige Christin [...] und ein Mitglied der Linken, sind entsetzt und empört über die hasserfüllten Ausfälle des Herrn Michael Ney. Der Unterzeichner hat, da er Herrn Ney seit Mitte der 70er Jahre aus [dem] Stahlwerk Hennigsdorf kennt, sich bisher zurückgehalten, auf die wiederholten Ausfälle [...] zu reagieren. [...]

Aus meiner Tätigkeit als Anwalt ist mir durchaus eine Reihe von Asylbewerbern bekannt, die gerne arbeiten würden und die hochqualifiziert ist, aber nicht arbeiten kann, so [...] ein Kfz-Ingenieur, der Hilfsarbeiten verrichtet, weil seine Qualifikationen in der Bundesrepublik nicht anerkannt werden... Es wird höchste Zeit, dass sich Herr Ney als CDU-Mitglied an dem C seiner Partei orientiert, im christlichen Glauben und der christlichen Nächstenliebe, und nicht Hass und Unverständnis verbreitet, die wirklich nur an das braune Gedankengut der Vergangenheit erinnern können.

MAZ, 26.10.2011

Offener Brief ver.di



Potsdam-Nordwestbrandenburg

[Presse-Echo \(PDF, 937 kB\)](#)

ver.di - Ortsverein Oberhavel

c/o ver.di Bezirksverwaltung Potsdam-Nordwestbrandenburg, Konrad-Wolf-Allee 1-3 • 14480 Potsdam

Offener Brief

Herrn Landrat
Karl-Heinz Schröter
Kreisverwaltung Oberhavel
Adolf-Dechert-Straße 1
16515 Oranienburg

Velten, den 25.10.2011

Umgang mit Asylbewerbern im Landkreis Oberhavel

Sehr geehrter Herr Landrat Schröter,

der ver.di Ortsverein Oberhavel im Bezirk Potsdam-Nordwestbrandenburg hat am 20. Oktober beschlossen, Ihnen diesen offenen Brief zu schreiben.

Die Gewerkschaftsmitglieder im Landkreis Oberhavel fordern Sie hiermit unmissverständlich auf, unverzüglich allen Asylbewerbern im Landkreis die vom Gesetz vorgesehenen Leistungen komplett in Bargeld auszuzahlen, die derzeit noch in Wertgutscheinen ausgereicht werden und nicht länger die Politik der diskriminierenden Gutscheine fortzusetzen. Weiterhin fordern wir Sie auf, wo nötig, auch durch die Kreisverwaltung den Asylbewerbern Hilfestellung zu leisten, um die Anträge aussichtsreich zu formulieren.

Wir Gewerkschafter nehmen seit mehreren Monaten wahr, dass Asylbewerber immer wieder auch vor der Kreisverwaltung gegen Ihre Gutscheinepolitik protestieren und unterstützen diese Proteste ausdrücklich. Der Kreistag hat Sie am 22. Juni 2011 aufgefordert, vom diskriminierenden Prinzip der Gutscheinepolitik abzugehen und die Leistungen bar auszahlen zu lassen.

Statt zu akzeptieren, dass die Abgeordneten eine gute und wichtige Entscheidung getroffen haben und diesen Beschluss umzusetzen, beanstanden Sie den Beschluss, weil Sie den Kreistag in dieser Sache für unzuständig erklärten und hebeln den Willen der Abgeordneten aus. In einer politisch brisanten Sache den Willen des Kreistages mit solchen Begründungen aushebeln zu wollen sind, verehrter Herr Landrat, billige Taschenspielertricks, die nichts mit dem Legalitätsprinzip der Verwaltung zu tun haben.

Spätestens mit einer raschen Umsetzung des Beschlusses hätten Sie wirkliche Führungskompetenz gezeigt und gleichsam ein wichtiges politisches Signal an die betroffenen Menschen ausgesendet. Die Umstellung von diskriminierenden Gutscheinen auf Bargeld stellt keine Zusatzbelastung für den Haushalt des Kreises dar. Es geht hier schlicht darum, wie viel Menschlichkeit bringen wir Menschen entgegen, die hier auf die Bescheidung ihres Antrages – teilweise jahrelang - warten.

Offener Brief ver.di

Selbst das Sozialministerium des Landes Brandenburg hat Ihnen mitgeteilt, dass einer Bargeldauszahlung rechtlich nichts im Wege steht, wenn der Landkreis seinen Ermessenspielraum ausschöpfen will.

Auch die Bitte des Parteivorsitzenden der SPD, Herrn Gabriel, an Sie, stieß auf Ablehnung. So wie in Oberhavel mit Asylbewerbern umgegangen wird, darf man nicht mit Menschen umgehen, Herr Schröter. Ihr Verhalten ist dazu geeignet, dass sich Asylbewerber auch bei uns diskriminiert und ausgegrenzt fühlen. Sie als höchster Repräsentant des Landkreises Oberhavel haben die Pflicht gegen solche Ausgrenzung und Diskriminierung Ihre Stimme zu erheben.

Wir fragen Sie ganz direkt: Können Sie sich überhaupt vorstellen, was es bedeutet, mit Wertgutscheinen in zugewiesenen Geschäften einzukaufen? Nicht alle Produkte kaufen dürfen, die Sie benötigen und an der Kasse, nach dem Sie bereits von anderen Kunden beäugt wurden, auch noch Verlust zu machen, weil sie Differenzen nicht vollständig als Wechselgeld erstattet bekommen und dass Gutscheine, die sie im zugewiesenen Zeitraum nicht ausgegeben haben auch noch verfallen? Reden Sie mit den Menschen, reden Sie mit den Asylbewerbern und machen sie sich ein reales Bild von deren Lage, statt Entscheidungen fern jeder Lebenswirklichkeit zu treffen.

Leider haben Sie bislang lieber die regelmäßigen Proteste in Kauf genommen und ließen mitunter sogar hochgerüstete Polizei vor dem Amtssitz aufmarschieren, als ob von den Protestierern eine Gefahr für Leib oder Sachen ausgehen würde. Schämen Sie sich wenigstens im Nachhinein dafür?

Warum ist es noch immer nicht möglich, im Sinne von mehr Menschlichkeit in Oberhavel umzusteuern und unkompliziert Bargeld auszuzahlen, obwohl es einen weiteren Beschluss des Kreistages hierzu vom 28. September gibt? Wenn Vizelandrat Hamelow sich dann auch noch zu dem Thema äußert kommt beim interessierten Bürger der Verdacht auf, in Oberhavel ist die Führung des Landkreises nicht nur ignorant und weltfremd sondern verhöhnt die Menschen auch noch obendrein. Wie ist sonst zu erklären, dass Herr Hamelow (CDU) sich auf das Bundesbankgesetz beruft und sagt, die Ausgabe von auf einen Monat befristet gültigen Gutscheinen ist im Sinne der Stabilität des Euro. Wenn das kein Hohn ist, ist es Dummheit.

Ist es Zufall oder politische Kontinuität, wenn der langjährige ehemalige Vizelandrat Ney (CDU) die Öffentlichkeit wissen lässt, dass er auch für Familienzusammenführung sei, aber bitte am Bosphorus? Und eben dieser ehemalige zweithöchste Beamte des Landkreises fährt Verschwörungstheorien auf, dass „Multikulti“ die bürgerliche Gesellschaft stürzen will und jeder abgelehnte Asylantrag wieder einen reinen Wirtschaftsflüchtling entlarvt.

Neben der Auszahlung von Bargeld statt Gutscheinen erwarten die Gewerkschafter in Oberhavel von Ihnen, Herr Schröter, dass Sie die Asylpolitik – und auch die Abschiebepolitik in Oberhavel überdenken und im Sinne von mehr Menschlichkeit neu ordnen. Sie haben viele Handlungsspielräume, die sie eröffnen können, wenn Sie es wollen. Der notwendige Ermessenspielraum für eine Bargeldentscheidung ist Ihnen spätestens seit der Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1997 gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Stahl
Vorsitzende des Ortsvereins Oberhavel

Marco Pavlik
Bezirksgeschäftsführer Potsdam-Nordwestbrandenburg

Gewerkschaft attackiert Schröter

Ver.di fordert vom Kreis Einlenken im Gutscheinstreit

OGA, 27.10.2011

Bescheid des Sozialamts

Der Bargeldanteil der Leistungen wurde erhöht.



Landkreis Oberhavel
Der Landrat

Duzernrat III - Gesundheit und Soziales
FB Soziales
FD Soziale Dienste, Hilfe zum Leben
Ankalf-Decheri-Strasse 1
16516 Oranienburg
www.oberhavel.de

Landkreis Oberhavel · PSF 10 01 45 · 16501 Oranienburg

Herr
OT Stolpe-Süd
Ruppiner Chaussee 19
16761 Hennigsdorf

Aktenzeichen:
III/320

Bearbeiter:
Frau Lewis
silvia.lewis@soberhavel.de

Telefon (0 33 04) / 601 - 473
Telefax (0 33 04) / 601 - 470

26.10.2011

Bescheid über die Bewilligung laufender Leistungen gemäß § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in der zurzeit geltenden Fassung

Sehr geehrter Herr

aufgrund Ihres Antrages vom 03.08.2011 werden Ihnen ab 01.08.2011 Leistungen nach AsylbLG gewährt.

Entsprechend § 3 AsylbLG beträgt Ihr Anspruch für den Monat August 2011

40,90 Euro Taschengeld sowie
184,07 Euro Ernährung, Bekleidung, Hygiene, hauswirtschaftlichen Bedarf;
abzüglich **16,00 Euro** (Kosten für Energie und hauswirtschaftlichen Bedarf)

Die Leistungen werden wie folgt ausgezahlt.

Taschengeld:	40,90 Euro
Barbetrag:	34,56 Euro
Wertgutscheine	133,51 Euro

Begründung:
Gemäß § 1 Abs. 1 AsylbLG sind Ausländer, die sich tatsächlich im Bundesgebiet aufhalten und die

1. eine Aufenthaltsgestattung nach dem Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) besitzen,
2. über einen Flughafen einreisen wollen und denen die Einreise nicht oder noch nicht gestattet ist,
3. wegen des Krieges in ihrem Heimatland eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 oder § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) oder die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 26 Abs. 4 Satz 1, Abs. 4a oder Abs. 5 AufenthG besitzen,
4. eine Duldung nach § 60a AufenthG besitzen,
5. vollziehbar ausreisepflichtig sind, auch wenn eine Abschiebungsandrohung noch nicht oder nicht mehr vollziehbar ist,
6. Ehegatten, Lebenspartner oder minderjährige Kinder der in den Nummern 1 bis 5 genannten Personen sind, ohne dass sie selbst die dort genannten Voraussetzungen erfüllen, oder
7. einen Folgeantrag nach § 71 AsylVfG oder einen Zweit Antrag nach § 71a AsylVfG stellen

leistungsberechtigt nach AsylbLG.

Da Sie in Besitz einer Duldung nach § 60a AufenthG sind und somit dem zuvor genannten Personenkreis angehören, bestimmt sich Ihr Leistungsanspruch nach den §§ 3 bis 7 AsylbLG.

Hausanschrift:
Landkreis Oberhavel
Ankalf-Decheri-Strasse 1
16516 Oranienburg

Eine ungenutzte E-Mail-Adresse
dient nur dem Empfang einfacher
Mitteilungen ohne Signatur

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische Sparkasse
Konto-Nr. 3/10923090
BLZ 163 500 00

Contingent AG Berlin
Konto-Nr. 160 605 000
BLZ 160 500 00

„Genosse Granit“ und Reaktionen

Genosse Granit - In Oberhavel fordern Menschen seit Monaten eine andere Asylpolitik - doch der Landrat bleibt hart

[...] Nun gibt es in Oberhavel Menschen, die sagen, die Asylbewerber seien undankbar. Sollen sie doch froh sein, dass ihnen der Staat Verpflegung und Unterkunft zahlt, das sei ohnehin mehr, als sie in ihrer Heimat bekommen.

Aber das sind Leute, die nicht wissen, dass es den Asylbewerbern nicht ums Geld geht.

Es geht ihnen ums Prinzip. Es lautet: Man soll Menschen nicht schikanieren.

Tannas Bidary [...] lacht [...] gern und oft. Redet sie über die Gutscheine, verliert ihre Stimme schnell ihre fröhliche Melodie. „Es reicht“, sagt sie. Seit viereinhalb Jahren lebt die Iranerin mit ihrem Mann Shahin Mftizoj und ihren beiden Kindern in Hennigsdorf. Sie vermisst ihre Heimat, den Duft von Safran, die Familie. „In Deutschland sind die Menschen viel allein“, sagt Tannas Bidary.

Gern würde sie in den Iran zurück, aber das geht nicht. Auf ihren Mann wartet dort die Todesstrafe. Ihr Asylantrag liegt derzeit beim Verwaltungsgericht Potsdam zur Entscheidung. Bis dahin gilt für die Familie - wie für alle Asylbewerber - das Arbeitsverbot. Das Schicksal hat es nicht gut gemeint mit ihnen:

Im Iran mussten sie ihr Leben aufgeben. In Deutschland dürfen sie sich keines aufbauen.

Tannas Bidary ist es peinlich, sich durch die Marken als Asylbewerberin zu outen. Sie hat genug davon, immer genau rechnen zu müssen, was sie in ihren Einkaufskorb legt, weil sie bei den Gutscheinen nur zehn Prozent des Wechselgeldes zurückbekommt. Sie ärgert sich, dass die Marken ab einem Euro nach einem Monat verfallen und sie deshalb nichts ansparen kann. „Aber am schlimmsten sind die Jugendlichen“, sagt sie.

Die schließen hinter ihrem Rücken schon mal Wetten darüber ab, ob sie nun mit Geld oder mit Gutscheinen bezahlt.

In Oberhavel gibt es auch Menschen, die sich für die Asylbewerber einsetzen.

Eine Bürgerinitiative nahm die Gutscheinepolitik aufs Korn, indem sie die Besucher bei einer Veranstaltung aufforderte, Geld erst umständlich in Gutscheine umzutauschen und damit ihre Bratwurst zu bezahlen. Schröter erstattete Anzeige wegen Beleidigung und Amtsanmaßung, verlor aber vor Gericht. Seit 21 Jahren regiert Schröter in Oberhavel. [...] Kritik ist unerwünscht.

Im Landratsamt haben sie ihm deshalb den Spitznamen „kleiner Diktator“ verpasst.

Welcher Geist in seinem Hause weht, zeigte sich auch vor ein paar Wochen. Ex-Vizelandrat Michael Ney, unter Schröter jahrelang für die Asylpolitik zuständig, sagte auf einer CDU-Veranstaltung, er sei für Familienzusammenführung – „aber am Bosphorus“. Viele Asylbewerber empfanden das als Beleidigung. Schröter schwieg. Ney legte nach: Bei der Mehrheit der Asylbewerber handele es sich um Asylbetrüger, die man gar nicht integrieren sollte. Multikulti? Eine „Wahnidee“ linker Eliten mit dem Ziel, die bürgerliche Gesellschaft zu Fall zu bringen.

Schröter schwieg auch dazu. Der CDU-Kreischef und Landtagsabgeordnete Frank Bommert wiederum sagte, er teile Neys Ansicht. „Wenn ich in Neukölln in einer Schule keinen Blondinen mehr in der Klasse sehe, dann läuft was aus dem Ruder.“ Frank Bommert ist übrigens brünett.

Vor Kurzem haben zwei Asylbewerber aus Kamerun und China versucht, sich das Leben zu nehmen. Die Ausländerbehörde hatte angekündigt, sie in ihre Heimatländer abzuschicken.

„Die Abschiebepolitik treibt die Menschen in den Selbstmord“, sagt Simone Tetzlaff vom Flüchtlingsrat Brandenburg. [...]

MAZ, 17.11.2011

Leserbrief von Ulrike Gartenschläger zu „Genosse Granit“
„Der kleine Diktator“

[...] Wie kann es sein, dass der Landkreis Oberhavel von einem Diktator regiert wird? [...] wo sind all die, die Schröter seit 21 Jahren immer wieder in seinem Amt bestätigen? [...]

Genosse Granit steht nicht alleine. Er kann nur so regieren, weil andere es so zulassen, schweigen, sich hinter ihm verstecken, oder ihn doch unterstützen.

Und sollte er doch so isoliert regieren, wie es in zahlreichen Artikeln beschrieben wurde, bleibt nur die Frage: Ist die Demokratie in Oberhavel noch zu retten?

Leserbrief von Anja Friedrich für Die Linke in Hennigsdorf zu den Äußerungen Michael Neys

Multikulti ist nicht gescheitert!

Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. [...]

Wo die Politik des Landkreises über Jahre versagt hat, hat sich in Hennigsdorf die Zivilgesellschaft engagiert.

[...] Da wäre vor allem der Hennigsdorfer Ratschlag zu nennen, der sich seit vielen Jahren für ein besseres Miteinander einsetzt, vor allem mit dem Lernpatenprojekt, durch das schon vielen Kindern von Asylbewerbern in der Schulzeit geholfen werden konnte. Auch das Bündnis „Halt!“, in dem neben lokalen Initiativen auch die Stadtverwaltung organisiert sind, setzt sich für die Abschaffung des Gutscheinsystems ein. [...]

Leserbrief von Michael Voigt, Bergfelde, zu „Genosse Granit“

Sozialpolitik „made in Oberhavel“

[...] Es ist wirklich peinlich, Bürger in Oberhavel zu sein.

Mir ist kein Landkreis in Deutschland bekannt, der eine dermaßen menschenverachtende Politik betreibt

[...] Im Übrigen geschehen mit Hartz-IV-Empfängern in Oberhavel ähnliche Sanktionen wie mit Asylbewerbern. [Es kommt vor,] dass [sie] teilweise monatelang nur um 80 Euro monatlich ausgezahlt bekommen, obwohl ihnen Leistungen in voller Höhe zustünden. [...] Auch das ist Sozialpolitik „made in Oberhavel“, verordnet von eben jenem Landrat Schröter.

Leserbrief von Bernd-Uwe Ludwig, Oranienburg, zu „Genosse Granit“

Deutschland wird gemolken

[...] Ich bin ganz normaler Bürger. Parteilos und schon gar nicht rechts orientiert. Nach dem Lesen des Artikels muss ich sagen,

ich bewundere die Haltung von Landrat Schröter, sich gegen die opportunistische Masse durchzusetzen.

[...] Wenn Asylbewerber sich Deutschland aussuchen, so haben sie sich auch hier anzupassen und nicht Forderungen zustellen. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, dass die meisten Asylbewerber - und nicht nur die - Deutschland als melkende Kuh betrachten. [...] Wenn einige Asylanter die Gutscheine boykottieren ist es doch ein Zeichen, dass sie auch ohne diese Unterstützung zurecht kommen. [...] Wenn es [...] Menschen wie Thilo Sarrazin gibt, merkt man erst, dass es doch noch viele Menschen gibt, die nicht schönredend denken und sich der Meinung der „Stärkeren“, weil vielleicht mehrheitlich, anpassen. [...]

Und bei Unterhaltungen mit Bekannten erkenne ich oft die gleiche Meinung. Nur reden mag keiner gerne darüber. Man will ja nicht auffallen. [...]

alle: MAZ, 23.11.2011,

Presse im Dezember 2011

Ver.di-Chef Marco Pavlick, IG Metall und Flüchtlingsvereine kritisieren vereint Asylpolitik von Landrat Schröter

[...] Als eingefleischter Metalller, der kein Blatt vor den Mund nimmt, weiß [Detlef Krebs] aber auch, dass die Asylbewerber gegenüber harte Haltung des Landrats durchaus auch auf fruchtbaren Boden trifft.

„Das Bildzeitungs-Niveau macht auch vor den Haustüren unserer Mitglieder nicht halt“,

hat der Gewerkschafter während einer Spendenaktion im Stahlwerk erfahren. [...] „Ich musste viel diskutieren“, erinnert er sich. „Der eine oder andere hat nach längeren Gesprächen dann aber eingeräumt, dass er gar nicht so genau wusste, wie Asylbewerber leben müssen.“ [...]

Es sind die kleinen praktischen Schritte, die Beate Selders vom Flüchtlingsrat Brandenburg und Simone Tetzlaff von der Evangelischen Flüchtlingshilfe ankündigten, um den Betroffenen zu helfen, bis sich die ihnen gegenüber praktizierte Politik in Oberhavel grundsätzlich ändert. So sollen prominente Paten gefunden werden, die mit den Gutscheinen der Asylbewerber einkaufen. [...]

Zudem musste sich der Landrat einer Weisung aus Potsdam fügen, wonach Asylbewerber nach vier Jahren in Deutschland ihre Leistungen bar ausgezahlt bekommen.

„Wir haben viel gekämpft und es endlich geschafft! Ist das nicht schön?“

freut sich die Iranerin Tannaz Bidary, die mit ihrer Familie seit fünf Jahren hier lebt. Anders geht es Patrick Kizito aus Kenia. Der Metallarbeiter möchte gern Arbeit finden, darf es aber nicht. Seinen Alltag beschreibt er so:

„Immer nur schlafen, essen, schlafen, essen. Dafür sind wir nicht gekommen.“

OGA, 07.12.2011

Gemeinsam gegen „den Betonkopf“

- Gewerkschaften und Flüchtlingsinitiativen kämpfen weiter für die Abschaffung des Gutscheinsystems

[...] Anders als bei den letzten Sitzungen werden Asylbewerber nicht vor dem Kreistag protestieren.

„Das Vertrauen in die Institution Kreistag verschwindet“,

sagt Uri-Sprecher Tobias Becker. Den Flüchtlingen sei unklar, warum sie „ausgerechnet vor dem Kreistag protestieren“ sollen. [...]

Wegen des unklaren Ausgangs der Gutscheindiskussion sei die Stimmung im Asylbewerberheim immer schlechter geworden, sagt Flüchtling Patrick Kizito.

Es habe sogar Selbstmordversuche gegeben. [...]

MAZ, 07.12.2011

isam gegen „den Bet

m und Flüchtlingsinitiativen kämpfen weiter für Abschaffung des Gu



MAZ, 07.12.2011

Presse 2012

Er hat sie mehr als verdient - SPD-Stadtverordneter Detlef Krebs begrüßt Negativ-Auszeichnung für Landrat Karl-Heinz Schröter

[...] Dass der „Denkzettel“ Schröter zum Umdenken bewegt, sei der Wunsch hinter der Verleihung. „Wobei das schon viele versucht haben, ihm zu zeigen, dass er auf dem Holzweg ist“, sagt Beate Selders vom Flüchtlingsrat und fügt hinzu:

„Aber man soll die Hoffnung nicht aufgeben.“

[...] [Detlef Krebs] zeigte sich erfreut über die Entscheidung des Flüchtlingsrats: „Wunderbar“, kommentierte Krebs spontan. „Es ist selten, dass ich einer Auszeichnung auf Anhieb zustimme. Aber Herr Schröter hat sie sich mehr als verdient.“ Bereits im Juni 2011 hatte der Abgeordnete der Kreisverwaltung derem Chef „praktizierte Ausländerfeindlichkeit“ attestiert.

OGA, 22.03.2012

Vorwurf: Diskriminierung von Amts wegen - Flüchtlingsrat Brandenburg verlieh Landrat Karl-Heinz Schröter gestern den Denkzettel 2012

MAZ, 22.03.2012

Bericht von Rebecca Scherer, Klasse gb, über das Projekt „Flucht und Asyl“ an der Dr.-Hugo-Rosenthal-Oberschule in Hohen Neuendorf

Den Einkauf mit Gutscheinen getestet

Wir, die Schülerinnen und Schüler der Klasse gb an der Dr.-Hugo-Rosenthal-Oberschule in Hohen Neuendorf, haben im November ein Projekt zum Thema Flucht und Asyl gestartet. [...] Am 30. November waren wir dann im Asylbewerberwohnheim in Hennigsdorf, wo wir viele Informationen über das Leben im Wohnheim bekommen haben und mit Asylbewerbern reden durften. [...]

Da wir erfahren haben, dass Asylbewerber mit Gutscheinen einkaufen müssen, haben wir das in einer Kauflandrallye nachgespielt.

Wir fanden heraus, dass man mit den Gutscheinen nicht einfach alles kaufen kann, was man so braucht. [...]

MAZ, 27.12.2011



Demos und Boykott: Mit zahlreichen Aktionen haben Asylbewerber und deren Unterstützer seit März versucht, Landrat Karl-Heinz Schröter (SPD) zum Umdenken in der Gutscheinfraage zu bewegen. Selbst die Hilfe von Parteien und Gewerkschaften hat wenig gebracht. Auch 2012 werden die Flüchtlinge vorerst weiter Wertmarken statt Bargeld bekommen.

Proteste gegen Gutscheine auf Platz 2 der Ereignisse des Jahres 2011, OGA, 29.12.2011

Leserbrief von Christa Kristen und Gotthard Otte, Hennigsdorfer Ratschlag

Gegen Asylbewerber gehandelt

Landrat Karl-Heinz Schröter gibt sich gesetzestreu, wenn es um die Empfehlung geht, Asylbewerbern statt Gutscheinen Bargeld auszuzahlen. Der Landrat bricht das Gesetz, wenn er einem Asylbewerber bei der Vorladung zur Ausländerbehörde einen begleitenden Beistand verweigert. Nicht konsequent? Im Gegenteil. Die Konsequenz liegt darin, dass sich beide Haltungen gegen die Asylbewerber richten.

Das ist Ausdruck eines „Klimas der Verachtung“.

Diejenigen, die dieses Klima schüren, hat die Bundeskanzlerin als „gefährlich“ bezeichnet. Ein solches Klima herrscht offensichtlich in der Kreisverwaltung Oberhavel vor.

MAZ, 29.03.2012

Denkzettel 2012



Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrates

Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331-716499
Fax: 0331-887 15 460

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam
KtoNr.: 350 10 10 000
BLZ: 160 500 00

DENKZETTEL 2012

Der Denkzettel wird seit 1997 am Internationalen Tag gegen Rassismus vom Flüchtlingsrat Brandenburg an Behörden und Verwaltungen verliehen, die durch ihr Handeln strukturellen Rassismus und Diskriminierung befördern.

Unter den vielen, die leider auch in diesem Jahr für den Denkzettel infrage gekommen wären, wählten die meisten von uns Befragten

Landrat Karl-Heinz Schröter

als Verantwortlichen für die Kreisverwaltung Oberhavel aus.

Begründung

Mit zwei Beschlüssen (22. Juni und 28. September 2011) sprach sich die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten dafür aus, die diskriminierenden Gutscheine für Flüchtlinge abzuschaffen und an alle Bargeld auszuzahlen.

In der Beschlussvorlage wird erläutert: „Flüchtlinge und Geduldete sind in einem Netz von zahlreichen Mechanismen der Schikane, Ausgrenzung und Entrechtung gefangen (...)

Insbesondere die Ausgabe von Wertgutscheinen an Flüchtlinge stellt eine diskriminierende und bevormundende Praxis dar. In einem Europa, das immer weiter

zusammen wachsen soll, ist es in einem sozialen Rechtssystem und in einer weltoffenen Region wie Oberhavel nicht hinnehmbar, dass Menschen, die ihren Herkunftsländern aufgrund von Verfolgung, sozialer und wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit oder menschenunwürdigen Lebensbedingungen verlassen mussten hier weiter diskriminiert werden.“

Auch die Landesregierung unterstützt die Auszahlung von Bargeld ausdrücklich und nannte Landrat Schröter Gründe, die rechtlich die allgemeine Umstellung auf Bargeldauszahlung erlauben – Gründe aus denen die überwiegende Mehrheit der Kreise in Brandenburg (und der ganzen Republik) bereits die Gutscheine abgeschafft hat.

Trotzdem verweigert Landrat Schröter die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse und ist damit **verantwortlich für die fortgesetzte Diskriminierung und den darin liegenden institutionellen Rassismus.**

Damit geht der Denkzettel zum dritten Mal an die Kreisverwaltung in Oberhavel

Gleich bei der ersten Vergabe, 1997, ging der Denkzettel an Landrat Schröter wegen der landesweit bekannt gewordenen rassistischen Äußerungen, mit denen im Namen des Landratsamtes die Teilnahme am „Forum gegen rechte Gewalt“ abgelehnt wurde.

2003 ging der Denkzettel an den damaligen stellvertretenden Landrat Michael Ney wegen seiner Verantwortung für besonders inhumane Abschiebungen.

Wir hoffen immer noch und auch in diesem Jahr, dass sich die Verhältnisse in Oberhavel zum Besseren wenden und die engagierte demokratische Zivilgesellschaft, die im Landkreis stark vertreten ist, eine Entsprechung in der Kreisverwaltung findet.

Potsdam, den 21. März 2012

für den Flüchtlingsrat

Beate Selders

Wer mehr über Begriff und Formen des institutionellen Rassismus lesen möchte:
„Institutioneller Rassismus. Ein Plädoyer für deutschlandweite Aktionspläne gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung.“ Herausgeber: Migrationsrat Berlin Brandenburg e.V. Berlin, Dezember 2011
http://www.migrationsrat.de/dokumente/pressemitteilungen/LAPgR_Brosch%C3%BCre.pdf